Bericht

Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller A.- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrates des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung

Bericht

Den Abgeordneten des Feldheeres auf der Tagung aller A.- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember 1918 überreicht vom Vollzugsausschuß des Soldatenrates des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung

Wilhelmshöhe b. Cassel
12. 12. 1918

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung:
Weckerle, Antesberger, Henseling Müller, Stein.

Staat und Gesellschaft suchen neue Formen. Es gibt nur **eine** Quelle neuen Rechtes: Die Freiheit und Verantwortlichkeit des Gewissens.

Der Vertretertag der Soldatenräte des Feldheeres in Bad Ems

am 1. und 2. Dezember 1918

Als der Vollzugsausschuß des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung den Vertretertag der Feldsoldatenräte zum 1. Dezember 1918 nach Ems einberief, handelte er in Erfüllung einer Pflicht.

Die Soldatenräte der Feldtruppen haben als Vertrauensleute der Mannschaften an schweren Aufgaben mitzuwirken. Die Verhältnisse des Rückmarsches bedrohen die Ordnung im Heere. Die Heimat ringt darnach, auf den Trümmern der zerbrochenen alten staatlichen Formen einen neuen, besseren Bau zu errichten. Die Millionen der heimkehrenden Soldaten wollen Klarheit haben über die Ereignisse, die jeden Einzelnen im Tiefsten berühren und von denen das marschierende Heer nur verworrene Kunde erhielt. Der Mann, der qualvolle Jahre hindurch sein Leben eingesetzt hat, verlangt, daß sein Wille mit bestimme beim Ausbau der neuen Heimat. Aber die Nöte der Zeit drängen zu raschen Entscheidungen.

So war die Lage.

Wie konnte beides erreicht werden: Aufklärung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes? Nur durch raschen einheitlichen Ausbau der neuen in den Soldatenräten erstandenen Ordnungshilfe. Das Drängen nach einer Zusammenkunft von Vertrauensleuten aller Truppen war allgemein. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung, obwohl an sich nur die Vertretung der Formationen im Großen Hauptquartier, war die gegebene Stelle, um den Gedanken zu verwirklichen. Ihm standen die besten Mittel zur Verfügung, alle Teile der Armee zu benachrichtigen. Anfänge zu einheitlicher Organisation der Soldatenräte des gesamten Heeres hatte er bereits geschaffen. So übernahm er die Vorbereitungen.

Mit dem Zusammentritt der 326 in Ems erschienenen Vertrauensleute des Feldheeres, die 220 Divisionen vertraten, hörte die Aufgabe des Soldatenrates der O. H. L. zunächst auf. Er unterbreitete den Kameraden die von ihm ausgearbeitete Tagesordnung und übergab die Leitung der Versammlung an 14 aus den einzelnen Armeen dazu bestimmte Vertreter.

Es bleibt vorbehalten, später einen ausführlichen Bericht über die Tagung zu veröffentlichen.

Die Zusammenkunft war zunächst auf einen Tag berechnet. Die vorliegenden Aufgaben wurden aber in den beiden Sitzungen am 1. Dezember nicht bewältigt, sodaß auch am Vormittag des 2. verhandelt werden mußte. Die Verhandlungen verliefen teilweise ziemlich bewegt und wurden durch längere Geschäftsordnungsdebatten beeinträchtigt. Unter den Teilnehmern waren die verschiedensten Berufe vertreten; ein auffallendes Überwiegen bestimmter Gesellschafts- oder Berufskreise fand nicht statt. Das reifere Alter wog vor. Die immer wieder aufleuchtende Grundstimmung war: Wahrhafte Gleichberechtigung aller! Durch Ordnung zu Frieden, Freiheit und Brot!

Das unvorhergesehene Eintreffen und Auftreten des Volksbeauftragten **Barth** und des Mitgliedes des Vollzugsrates der Berliner A.- und S.-Räte **Molkenbuhr** beeinflußte den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung wesentlich

Am ersten Verhandlungstage fußte die Aussprache hauptsächlich auf den beiden Reden, die der als Regierungsvertreter zur Tagung entsandte Reichstagsabgeordnete **Giebel** und der Volksbeauftragte **Barth** hielten.*)

Reichstagsabgeordneter Giebel:

Die meisten derjenigen, die heute noch bei dem Feldheere stehen und leider so lange Zeit der Heimat fern gewesen sind, werden mit den Vorgängen im Lande nur wenig vertraut sein. Es war schwierig, aufklärende Zeitungen in die Front gelangen zu lassen, die wochenlang ohne Nachrichten blieb. Wenn das Feldheer früher informiert gewesen wäre, würde diese Versammlung nicht erst heute stattfinden. Die Besorgnisse im Ostheer sind nicht begründet. Ich rufe den Kameraden im Osten zu: Seid unbesorgt um eure Lieben zu Hause, wir alle brennen und drängen danach, Ordnung zu schaffen und eure Lieben zu bewahren. Es handelt sich nicht um Unordnung. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die Träger einer neuen Ordnung. Als Anfang November die Welle der Erhebung durch unser Volk ging, als offenbar wurde, daß die Dinge nicht so bleiben durften, wie sie waren, da wurde es notwendig, gleich eine neue Regierung zu schaffen. Da sind Mißgriffe vorgekommen, die das Feldheer übel berührt haben und das Gefühl entstehen ließen, als wendeten sich die Arbeiter- und Soldatenräte in der Heimat gegen das Feldheer. Ich habe Gelegenheit gehabt, die Tätigkeit der heimischen Arbeiter- und Soldatenräte zu beobachten und habe gesehen, daß alles getan wurde, um ein Durch- und Gegeneinander zu verhüten, da sonst die ordnungsmäßige Demobilmachung wenn nicht verhindert, so doch erschwert worden wäre. Überall habe ich Liebe und Fürsorge gefunden, alles zu tun, um dem Feldheer gerecht zu werden und ihm ein geordnetes Zurückfluten zu ermöglichen.

Nach Hinweis auf einige unliebsame Vorkommnisse, z. B. in Köln, fuhr der Redner fort: So geschlossen und einig das Feldheer heimkehrt, so wenig ist das leider bei der Etappe der Fall. Es ergaben sich bei der Verpflegung Schwierigkeiten, die nicht aus Gegnerschaft

*) Infolge der Schnelligkeit, mit der diese Schrift vorbereitet und abgeschlossen werden mußte, war es unmöglich, den hier wiedergegebenen ausführlichen Auszug der beiden Ansprachen den Rednern zur Überprüfung vorzulegen. Der Abdruck erfolgt daher mit Vorbehalt

oder Mißtrauen, sondern aus dem Zwang der Dinge entstanden sind. Wenn man Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aufgeklärt hätte, wenn man ihnen gesagt hätte, daß das Rot nicht das Zeichen des Bolschewismus, sondern das Zeichen der alten Sozialdemokratie, d. h. das Zeichen für Ordnung und Manneszucht ist, dann hätten sich solche Vorgänge nicht abgespielt.

Wie sind denn nun die Dinge entstanden? Für viele ist die Revolution überraschend gekommen. Im Frontheere herrschte Mißstimmung; auch wir in der Heimat litten unter den Entsetzlichkeiten des Krieges. Ich sehe von den Männern ab — aber wenn man sah, in welcher Weise unsere Frauen und Kinder leiden mußten, wenn man die bleichen Gesichter unserer heranwachsenden Jugend sah — und wenn man auf der anderen Seite Männer sah, die in frivoler Weise an der Verlängerung des Krieges arbeiteten, konnten einen da die Ereignisse wunder nehmen? Man sagte dem Feldheer über die Wirkung des U-Bootkrieges, daß bei Anwendung dieser Waffe in drei Monaten die Uhr des Engländers abgelaufen sein werde! Und man wußte, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg die selbstverständliche Folge des uneingeschränkten U-Bootkrieges sein mußte. Wo haben Leute wie Tirpitz und Reventlow den Mut zu solchem Vorgehen hergenommen? Wie konnte man glauben, daß, als Amerika kam, dieses nicht genau so ernst genommen werden mußte, wie England? Wie gespreizt und leichtfertig sprachen damals die Männer des alten Regimes! Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Capelle sagte damals: Ich sage, Amerika bedeutet für uns Null, Null, Null. Das sind die Männer, die uns bisher geleitet haben. Wollen wir uns von diesen Männern weiter leiten lassen? (Zurufe: Nein, nein!) Wir sagten uns, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Jeder Tag vergeudet wertvolles Gut und Blut. Auch die Heimat hat unter dem Drucke der Redensarten von der politischen Reife des deutschen Volkes die Empfindung gehabt, als ob es uns 1914—18 so ergehen sollte wie unseren Vorfahren 1813—15. Auch damals versprach man dem deutschen Volke Gleichberechtigung in der Regierung. Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden.

Die großkapitalistisch-feudalistische Politik zeigte sich in der Stellungnahme zu der von der Regierung eingebrachten Wahlrechtsvorlage. Diese Politik erweckte Mißstimmung gegen Preußen. Das Gewitter hatte sich zusammengezogen und mußte sich früher oder später entladen.

Die Türkei und Bulgarien fielen ab, Österreich-Ungarn war gänzlich erschöpft, Deutschland stand allein. Daß die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet werden mußten, war selbstverständlich; daß man aber nicht so reagierte wie notwendig, zeigte, daß man das Wohl einzelner Familien höherstellte als das von 65 Millionen. Der Kaiser hätte sich einen besseren Abgang gesichert, wenn er gesagt hätte: Ich sehe ein, daß das Volk um meinetwillen zu einem Frieden nicht kommen kann; darum lege ich meine Krone nieder. Dann brauchte er nicht in der Fremde zu sein, sondern könnte als freier Staatsbürger unter uns weilen,

Nun, das deutsche Volk ist reif, seine Geschicke selbständig in die Hände zu nehmen. Freiheit soll geschaffen werden. Aber Freiheit bedeutet nicht Anarchie, nicht Unordnung. Es gibt nicht die absolute Freiheit des einzelnen. Jedes Glied, das sich seiner Stellung, seiner Rechte bewußt ist, muß sich eingliedern in das Ganze. Was die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte anbetrifft, so haben wir gesehen, daß sie sich bemühen, Fehler zu beseitigen. Allmählich kommt Ordnung in die Verhältnisse, so daß man sich über die Berechtigung der A.- und S.-Räte immer mehr klar wird. Diese Ordnung ist um so mehr notwendig, als wir noch vor schweren Dingen stehen. Bisher wurde gesagt: Die Ernte reicht aus. Jetzt hören wir jedoch, daß die Ernte 1918 außerordentlich dürftig sei; nicht nur, daß die Körnerfrüchte

nicht so ausgefallen sind wie früher, auch die Kartoffelernte ist nur mittelmäßig. Große Kartoffelmengen sind erfroren und Tausende von Morgen noch nicht geerntet. Ungeheure Werte sind verloren oder drohen verloren zu gehen, so daß wir großen Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage entgegengehen. Sehen wir, daß die Ernährung intakt bleibt! Dazu gehört, daß wir unseren ganzen Einfluß einsetzen; denn an dem Tage, an dem unser Feldheer zu zügellosen Horden wird, bricht die Ernährung des deutschen Volkes in sich zusammen. Denken Sie daran, daß man Menschen, die hungern und frieren, nicht mit schönen Redensarten kommen kann. Denken Sie an die Entsetzlichkeiten, die dann eintreten würden. Was soll dann werden? Werden jene nicht durch Plünderung, Raub und Diebstahl sich das aneignen wollen, was sie brauchen? Dann löst sich alles auf, was staatliche Ordnung heißt. Unser Volk würde einen Niedergang erleben, den man sich gar nicht ausdenken kann. Das wollen wir verhüten.

Regierung und Feldheer müssen zusammenhalten, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Vertraut der Regierung Ebert-Scheidemann, wie auch denen um Haase! Wir, die wir nur bemüht gewesen sind, das Interesse der Soldaten und der breiten Masse wahrzunehmen, wir wollen die da draußen nicht ausschalten. Die Einberufung der Nationalversammlung Mitte Februar ist gesichert. Jetzt, wo wir in der Lage sind, die demokratischen Grundsätze zu verwirklichen, wollen wir das Volk und das Feldheer nicht betrügen. Wir wollen Demokratie, deshalb der Kampf der äußersten Linken. Wir geben die Parole gegen Liebknecht; denn wir wollen keine Diktatur. Wie wir uns stets gegen Cäsarenwahnsinn gewendet haben, so wenden wir uns gegen alle Diktaturbestrebungen. Demokratie heißt Volksherrschaft, das ist die volle Souveränität eines Volkes. Das Volk braucht keine geborenen und sich berufen glaubenden Männer. Das Volk wählt die Männer, denen es vertraut. Das Wahlrecht aller männlichen und weiblichen Personen über 20 Jahre ist eine alte sozialistische Forderung. Wenn der Mann berufen ist, das Vaterland vom 20. Jahre ab zu verteidigen, dann müssen wir ihm auch das Recht zugestehen, zu wählen. Auch den Frauen soll das Wahlrecht gegeben werden. Mancher kann diesen Schritt nicht so ohne weiteres verstehen. Aber in diesem Krieg hat sich die Frau als notwendige Mitarbeiterin erwiesen. Auch das Frontheer wird der Frau diese Gerechtigkeit nicht vorenthalten. Hat doch die Frau als ergänzende Kraft hinter der Front gestanden, als Munitionsarbeiterin usw. Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz im Staate. Diktatur aber ist das Gegenteil; Diktatur ist die Gewaltherrschaft eines einzelnen oder einer einzelnen Gruppe. Die Umgestaltung des neuen Vaterlandes soll sich vollziehen auf dem Boden der Gesetzlichkeit. Das Feldheer wird sich diesem Willen nicht verschließen. Wer da meint, daß durch die Nationalratswahlen die Errungenschaften der Revolution fortgespült würden, o wie schlecht kennt der die Reife unseres Volkes.

Unsere Demokratie muß sozialistischen Inhalt bekommen. Wir, die wir nicht zu den Kriegsgewinnlern und Millionären gehören und bei der Sozialisierung nur gewinnen können, warum sollen wir uns dagegen sträuben? Auch der geistige Arbeiter soll zu seinem Recht kommen. Unsere bisherige wirtschaftliche Entwicklung war gerichtet auf Vernichtung der kleinen Betriebe; das Großkapital breitete sich immer mehr aus. In uns allen bäumte es sich dagegen auf, daß der Abschluß des Friedens darin bestehen sollte, daß das ganze deutsche Volk in die Lohnsklaverei der Entente kommt. Wir wollen nicht in die Rolle des Arbeitnehmers gegenüber der großkapitalistischen Entente kommen. Denn es kann nicht der Beruf des Menschen sein, daß die Masse schwer arbeitet und Not leidet und eine Minderheit herrlich und in Freuden lebt. Der Haß, der sich gegen die Kriegsgewinnler richtete, muß sich dann auch gegen den Feind wenden. Das System muß geändert werden; aber nicht so, wie es sich

diejenigen denken, die wir Bolschewisten nennen. Bolschewismus ist nicht Sozialismus. Sozialisierung ist die planmäßige und friedliche Weiterführung der menschlichen Kultur. Die Bolschewisten wollen von heute auf morgen einen sozialistischen Staat einführen. Wenn wir einen Neubau errichten, dann wird planmäßig gearbeitet. Wenn das schon bei einem kleinen Gebäude notwendig ist, wie viel notwendiger ist es bei einem Staatsaufbau. Der Bolschewismus würde für uns nur Elend ergeben: Deutschland würde, wenn es ihn einführte, einer sozialistischen Insel gleichen, die in einem kapitalistischen Meere liegt und von der Brandung des Kapitalismus umspült und schließlich unterspült würde. Denn daß der Ententekapitalismus einem sozialistischen Staat bolschewistischer Art fördern würde, ist ausgeschlossen. Die Entente würde nicht ihr eigener Totengräber werden wollen.

Deutschland ist abhängig vom Auslande, ohne dessen Rohstoffe wir unsere Industrie nicht wieder aufbauen können, in der Millionen unserer Arbeiter beschäftigt sind. Wir müssen mit Gold und Waren bezahlen. Wollen wir aber Waren exportieren, so müssen wir erst Rohstoffe erhalten. Sollen wir auf die Weltrevolution hoffen? Gegenwärtig können wir nicht danach handeln, was wir wünschen, sondern danach, wie die Dinge liegen. Frankreich, das heute in einem Siegestaumel lebt, oder England, dessen Arbeiterschaft sozialistischen Ideen nicht zugänglich ist, sind nicht reif für die Revolution. Deshalb brauchen wir Zeit, Zeit und nochmals Zeit. Haben wir aber soviel Zeit, bis auch jene Völker die Revolution durchführen? Nein, das würde so lange dauern, bis das deutsche Volk verhungert am Boden liegen würde. Wir fordern deshalb die schrittweise Sozialisierung des Staatswesens. Das Alte, was gewesen ist, darf nicht wiederkommen. Wir müssen neu aufbauen. Das deutsche Volk ist vor gewaltige Aufgaben gestellt. Möge es trotz des schmählichen Ausganges des Krieges Sieger sein in dem Sinne, daß es nicht nur dem eigenen Volk, sondern auch der Welt neue Wege bahnt aufwärts und vorwärts.

Volksbeauftragter Barth:

Kameraden und Genossen! Ich muß Ihnen leider von vornherein erklären, daß die Verhältnisse bedeutend schlechter sind, als Sie denken. Es hat keinen Zweck, schönfärben zu wollen. Es ist alles so trübe und so schwer, daß man vor einem Rätsel steht, wie man aus den Schwierigkeiten herauskommen kann. Die Regierung läßt sich leiten von drei großen Aufgaben: Frieden, Arbeit und Brot zu schaffen. Die größte Aufgabe aber ist die: Wie werden wir das Sechsmillionenheer nach Hause bringen? Ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß die Truppenverbände einen sehr guten Eindruck machen und daß das Gros der Armee bereits über den Rhein gebracht ist. In der ersten Zeit war die Westfront das schwerste Problem. Es wäre töricht gewesen, wenn man sich hätte den Schwierigkeiten verschließen wollen. War es doch zu erwarten, daß der Groll, der sich während des vierjährigen Krieges angesammelt hatte, hervorbrach und die Truppen über die Stränge schlugen; aber diese Mißstände sind überwunden.

Wenn z. B. das Heer aus Not an Lebensmitteln geplündert hätte, dann wäre es klar gewesen, daß der Waffenstillstand aufgekündigt worden wäre. Dann wäre mehr Elend über uns hereingebrochen, als der ganze Krieg verursacht hat. Nun ist der Rhein erreicht, und damit ist es gut. Es sind nur ganz verschwindende Mengen, die noch in Gefangenschaft geraten sind. Mißgriffe einzelner Generäle sind vorgekommen. Einer der gegenrevolutionären Führer, General Eberhardt, ist seines Postens enthoben. Ja, es ist zu Verhaftungen der Arbeiter- und Soldatenräte und zu Blutvergießen gekommen. Schnell und rücksichtslos sind wir dagegen vorgegangen im Verein mit der Obersten Heeresleitung und dem Kriegsmini-

sterium. Im Westen sind nun die Verhältnisse beruhigender geworden. Die Lage im Osten dagegen ist eine so trostlose, daß sie uns große Sorgen macht. Wir fragen uns: Wie kriegen wir die Truppen herüber? Die Armee Mackensen ist bereits interniert. Es war uns leider nicht möglich, dagegen vorzugehen; denn wenn wir nicht eingewilligt hätten, dann wäre der Waffenstillstand im Westen aufgehoben worden. Wir sind nicht in der Lage, den Kampf neu aufzunehmen. Von den ganzen Armeen im Osten ist aber diejenige Mackensens noch am besten dran. Die Armeen in der Ukraine, im Baltikum und in Finland sind in verzweifelter Lage. Die Entente rückt mit großen Armeen in der Ukraine, sowie nach den Baltischen Provinzen und Petersburg vor. Auf der einen Seite die Sowjettruppen, auf der anderen die der Entente, so steht unser Heer zwischen zwei Parteien, die gegenüber allem Deutschen nur Haß empfinden. Unsere Truppen müssen durch Ungarn oder Polen ziehen. Wir wollen hoffen, daß wir mit Polen eine Verständigung erzielen können. Es stehen jedoch nur so viel Züge zur Verfügung, daß der Rücktransport der Truppen mindestens drei Monate dauern wird. Dazu kommt, daß der größte Teil der Truppen aus alter Landwehr besteht, die den Rückmarsch zu Fuß machen muß. Hoffentlich wird es nicht zu einem napoleonischen Rückzug kommen. Ich sage Ihnen das, weil Sie auf Wahrheit und Klarheit Anspruch haben. Das alte System der Vertuschung muß verschwinden. Ähnlich steht es im Baltikum und in Finland, und wir wissen nicht, ob wir unsere Truppen in Finland mit Schiffen abholen können. Was schuld ist, daß unsere Truppen in Finland stehen, wissen Sie. (Zurufe: Ludendorff.) Sie sollten dort die Revolution unterdrücken. (Zurufe.) Wenn wir nicht alles getan hätten, um den Krieg beizeiten zu beenden, es wäre ein Zusammenbruch gekommen, wie nie in der Welt einer war. So schlecht war alles organisiert, daß man sich wundern muß, daß es so lange gehalten hat. Seien Sie froh, daß die Revolution kam; denn selbst wenn Sie ganz Frankreich besiegt hätten, dann hätte der Rohstoffmangel zur Katastrophe geführt.

Wir bekommen keinen Frieden ohne Nationalversammlung. Wir haben im Kabinett beschlossen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden sollen, wenn der am 16. Dezember tagende Delegiertentag der A.- und S.-Räte dem zustimmen wird. Als Gründe für den frühen Termin der Versammlung sprechen: ein schneller Frieden und die Verhinderung des Reichszerfalles. Im Süden, Westen und Osten bestehen Loslösungstendenzen vom Reich, an die wir nicht gerade mit Gefühlen der Achtung denken können, da sie rein spekulativer Natur sind. Sie werden meist von den Leuten propagiert, die zum Kriege am schlimmsten gehetzt haben. Wenn im Süden und Westen die Loslösungsrufe erschallen, dann denkt man daran, die Schulden dem kleinen Häuflein aufzubürden, das übrig bleibt. Wenn die besitzenden Klassen in diesen Landesteilen die Loslösung wollen, dann muß das Proletariat erklären: Nein. Wenn es schon im Kapitalistenstaate notwendig ist zu zentralisieren, dann ist es im Sozialistenstaate erst recht notwendig.

Die Sozialisierung ist gesichert. Würde heute eine Regierung von Konservativen und Nationalliberalen kommen, auch sie könnten nicht anders als die Großbetriebe sozialisieren. Unser Bestreben ist, daß keiner gedrückt wird, sondern daß Freude am Leben und Lebensgenuß wieder vorhanden ist. Das wird nur möglich im sozialisierten und zentralisierten Staate. Werden wir uns darüber klar. Wir haben die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn nun Elsaß-Lothringen zur Nationalversammlung nicht wählen will, dann stehen wir vor einer vollendeten Tatsache. Auch im Saarrevier sind starke Loslösungsbestrebungen im Gange. Dort wurden jährlich 12 bis 14 Millionen Tonnen Kohlen produziert. Wenn wir Polen, Westpreußen und Schlesien verlieren, würden wir 20—40 Prozent

unserer Kartoffeln und Brotfrüchte einbüßen. Oberschlesien produziert über 60 Millionen Tonnen Kohlen. Wenn Oberschlesien von Deutschland losgelöst würde, so würden Ungarn, die Ukraine und Polen die Kohle erhalten. Wenn nun die Polen erklären: Wir wählen nicht, dann kann es eintreten, daß auch die Deutschen nicht wählen. Die Erwerbslosigkeit wird groß sein, wenn hier nichts geschieht.

Leider können wir unter solchen Umständen weder an den Acht- noch an den Sechsstundentag denken. Es kommt nur ein vierstündiger Arbeitstag in Frage. Rohmaterialien stehen uns nur für sechs Monate zur Verfügung, wenn wir ein Viertel der Produktion von 1913 annehmen. Wenn wir die Produktion von 1913 aufrechterhalten wollen, so sind die Materialien in sechs Wochen zu Ende. Es muß ein Ausgleich im Lohn erfolgen, so daß jeder sich und seine Familie einigermaßen durchbringen kann. Vielleicht während des ersten halben oder auch ganzen Jahres steht es für uns ganz schlecht.

Wie sieht es nun mit unserer Ernährung? Als ich zum ersten Male die Zahlen hörte, war ich entsetzt. Meine Herren, in der Ernährungsfrage haben wir eine Bankerottpolitik getrieben. In vierzehn Tagen haben wir kein Fett mehr, in drei Monaten kein Brot und in sechs Monaten keine Kartoffeln mehr. 20 Prozent Brotfrucht und 40 Prozent an Kartoffeln werden verlorengehen, wenn die polnischen Verwickelungen für uns ungünstig verlaufen. Es ist unbedingt notwendig, daß wir schnell, sehr schnell Lebensmittel erhalten. Wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit 67000 Tonnen Fett, 68000 Tonnen Fleisch und 450000 Tonnen Brotfrucht und Reis erhalten, dann sind wir in einem gewissen, ganz sicher vorauszusehenden Zeitpunkt am Ende unseres Lateins, dann ist das deutsche Volk am Verhungern. Der deutsche Arbeiter kann nur ein Viertel der Nährstoffmenge erhalten, die dem Amerikaner als notwendiger Durchschnitt gilt. Werden Sie sich darüber klar, wie ernst die Situation ist. Wir können nichts aus der Erde stampfen. Sie merken auch, daß die Schuldigen nicht wir, sondern diejenigen sind, die das Elend über das Volk hereinbrechen ließen.

Es wird unser Bestreben sein, so schnell wie möglich einen Präliminarfrieden zu schließen. Wenn die Blockade nicht aufhört, dann sind wir vollkommen machtlos. Wir wollen auf keinen Fall noch einmal die Waffen ergreifen, mag das Diktum der Entente ausfallen wie es will. Sagen wir zu Wilson, Lloyd George und Clemenceau: Diktiert nur, damit wir anfangen können aufzubauen an dem, was umgeworfen ist.

Dann die Arbeitslosen-Unterstützung. Es ist vorgesehen, daß in Großstädten der Mann 4, die Frau und jedes Kind 1 Mark Unterstützung pro Tag erhalten. Dann muß für unsere Kriegskrüppel gesorgt werden. Auch hier ist der Unterstützungssatz um 100 Prozent erhöht worden.

Im Wohnungsbau muß alles durchgeführt werden, was nötig ist. Wir können eine ungeheure Menge Leute beschäftigen. Wir brauchen neue Maschinen für die Gruben usw. Außerdem brauchen wir viele Leute zum Kultivieren der Ödländereien. Den Junkern werden wir ihre Riesengüter zerschlagen. Ich appelliere auch an diejenigen, die nicht zum Proletariat im eigentlichen Sinne gehören, und fordere sie auf, mit ihrem Geiste an dem Fundament des Staates mitzuarbeiten. Daß die Bolschewisten im Besitze der Funkenstationen sind, ist nicht wahr.

Wir wollen das einige, geschlossene, sozialistische Deutschland. Auch Eisner will dasselbe. Wir können erklären, daß die große Masse des deutschen Volkes hinter der provisorischen Regierung steht. Vor einem Putsch von links haben wir keine Besorgnis. Sollte aber von rechts ein solcher gewagt werden, dann würde der deutsche Bürgerkrieg heraufbeschworen. Wir würden uns nicht feige verkrümeln, sondern den Kampf aufnehmen. Sollte es gewagt wer-

den, einen Anhänger des neuen Systems an die Wand zu stellen, so würden wir Gleiches mit Gleichem vergelten. Wenn es zum Bürgerkrieg käme, dann bliebe von Deutschland nicht viel übrig, es wäre sein völliger Untergang. Jeder, der mit einem derartigen Gedanken spielt, ist ein Schurke. Wir werden uns nicht scheuen, gegen links und rechts — gegen links wird es nicht notwendig sein — das zu tun, was notwendig ist. In diesen Gesichtspunkten fordere ich Sie auf, am Ausbau der sozialistischen Republik mitzuhelfen.

Die Hauptergebnisse der Verhandlungen waren:

1. Einstimmiges, entschiedenes Eintreten der 326 erschienenen Vertrauensleute des Feldheeres für die vorläufige Regierung Ebert-Haase und fast einstimmiges*) Eintreten für deren soziales Programm.

2. Einmütiges Verlangen nach Einberufung der Nationalversammlung und ungeschmälerter Mitwirkung der noch unter den Waffen Stehenden an der Neuordnung des Reiches.

3. Wahl von fünf sofort zum Berliner Vollzugsrat zu entsendenden Vertretern des Westheeres.

4. Wahl von 62 Vertretern des Feldheeres für die Tagung aller A.- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember.

5. Vorläufige Übertragung der Geschäfte eines Soldatenrates des gesamten Feldheeres an den Soldatenrat der O. H. L. in seiner bisherigen Zusammensetzung.

6. Aufstellung unverbindlicher Richtlinien über Organisation und Tätigkeit der Truppensoldatenräte:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingung. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

2. Außerhalb des Dienstes besteht kein Grußzwang.

3. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften und Aufhebung der Kasinos und Messen.

4. Die Soldatenräte haben mitzuwirken bei allen wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Truppe, insbesondere sind folgende Fragen nur im Einvernehmen mit ihnen zu regeln: Verpflegung und Quartiere, Urlaub, Verhängung von Disziplinarstrafen, Beschwerden. Der Dienst wird von den Führern in regelmäßiger Fühlung mit den Soldatenräten angesetzt.

5. Organisation. Jede Kompanie oder gleichzuwertende Formation wählt einen Soldatenrat in Stärke von mindestens 3 Mann. Jeder Angehörige der Truppe ist aktiv und passiv wahlberechtigt. Die Wahl ist geheim. Die Soldatenräte nehmen untereinander Fühlung und bilden aus sich nach Art der Staffelung der Kommandobehörden Soldatenrat-Ausschüsse bei den höheren Stäben.

6. Die Soldatenräte haben volles Koalitionsrecht und können nach Bedarf ihre Wähler zusammenrufen. Sie sind befugt, im Rahmen der Möglichkeit über die gesamten Nachrichten-

*) Nur 4 der 326 Vertreter machten zu einzelnen Sätzen der angenommenen Entschließung einen Vorbehalt.

und Verkehrsmittel ihres Truppenteils (Ordonnanzen, Fernsprecher, Funkenapparate, Druckereien, Wagen, Autos und Flugzeuge) zu verfügen.

7. Beschwerden über einen Soldatenrat gehen an den nächst höheren Soldatenrat.

8. Das Tragen von roten Abzeichen und Flaggen ist gestattet.

7. Beschluß, daß die Tätigkeit der Truppensoldatenräte ehrenamtlich sein solle.

Die von der Versammlung einstimmig angenommene Entschließung hatte folgenden Wortlaut:

Wir, die in Bad Ems versammelten Delegierten des Feldheeres, grüßen die neue deutsche Freiheit, grüßen die junge Republik. Wir sind gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, sowohl gegen gegenrevolutionäre Bestrebungen von rechts, die auf eine Wiederaufrichtung des alten Regimes hinarbeiten, als gegen Versuche von links, die Gewalt von oben durch die Gewalt einer Minderheit von unten zu ersetzen, denn dann würde nur der Friede verhindert, die Einheit des Reiches gefährdet, die Ordnung im Innern aufgelöst und ein Neubau des Vaterlandes unmöglich gemacht. Beide Versuche führen lediglich zum Bürgerkrieg. Für den Neubau ist die politische Demokratie, aber auch, um die Folgen des verwüstenden Krieges zu heilen, die schrittweise Sozialisierung der dafür reifen Betriebe notwendig. So müssen wir vor allen Dingen die heiligen Pflichten, die das Volk gegen die Opfer des Krieges, die Witwen und Waisen unserer gefallenen Kameraden und die Kriegsbeschädigten, hat, erfüllen. Nur so ist es möglich, die sozialpolitischen Forderungen des werktätigen Volkes, der Hand- und Kopfarbeiter, zu verwirklichen. Um so mehr beklagt der Vertretertag die Streiks der lebenswichtigen Industrien. Wir, die wir in jahrelangen schweren Kämpfen unser Leben eingesetzt haben, appellieren an die Einsicht und die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft, den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch Arbeitsverweigerungen zu gefährden; denn gerade die

unbemittelten Bevölkerungskreise würden am schwersten unter den Folgen zu leiden haben, und unsere Existenzmöglichkeit würde aufs ernsteste gefährdet werden. Der Vertretertag ist sich bewußt, daß zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich eine gesetzmäßige Regierungsgewalt gegründet werden muß. Er verlangt deshalb die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Teilnahme an der Wahl muß für alle wahlberechtigten Angehörigen des Heeres gesichert sein. Der Vertretertag hat das Vertrauen zu der Regierung Ebert-Haase, daß sie in dieser Richtung ihre ganze Kraft einsetzen wird. Er stellt sich deshalb im Namen des Feldheeres entschlossen hinter sie.

Die Not der Stunde

(Stimmen zur Lage)

Die Emser Versammlung hatte beschlossen, der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung solle künftig als Soldatenrat des gesamten Feldheeres arbeiten. Dieser Auftrag enthielt die Verpflichtung, noch gründlicher als bis dahin Einblick in die tatsächliche Gesamtlage zu erstreben und nach Möglichkeit vorzusorgen, daß den für die Tagung am 16. Dezember gewählten Vertretern des Feldheeres bei ihrer Vorversammlung am 14. ein Material an die Hand gegeben werden konnte, das ihnen eine tiefere Einsicht in die gespannten Verhältnisse gewährte.

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrates O. H. L. beschloß daher, eines seiner Mitglieder nach Berlin zu senden mit dem Auftrage, bei der Regierung und bei einer Reihe hervorragender Persönlichkeiten um Aufklärungen zu bitten. Die Ausführung dieses Auftrages wurde durch die außerordentliche Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit stark beeinträchtigt. Doch fand die Bitte um Aufklärung an allen Stellen so bereitwilliges und verständnisvolles Entgegenkommen, daß dafür wärmster Dank gebührt.

Ein Rundschreiben von folgendem Inhalt wurde ausgesandt:

Berlin, 6. 12. 1918.

Hochverehrter Herr! Im Auftrage des Soldatenrates des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung bin ich einige Tage in Berlin, um hier sachliche Unterlagen zu beschaffen, die der Vollzugsausschuß braucht, um der schweren ihm erwachsenen Verantwortung gerecht zu werden.

Die Aufgaben des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung waren ursprünglich rein militärischer Art. Die Verhältnisse, die das Feldheer in der Heimat empfingen, brachten ein politisches Moment in unsere Tätigkeit. Unversehens stehen wir vor Verpflichtungen, deren Schwere von Stunde zu Stunde wächst, denen wir uns aber weder entziehen wollen noch können. An unser Handeln und an unser Unterlassen, an beides, sind Folgen geknüpft, die wir kaum noch übersehen können.

Am 16. Dezember findet eine Tagung aller A.- und S.-Räte in Berlin statt. Wir haben in diesem Augenblick die Geschäfte eines Soldatenrates des gesamten Feldheeres verantwortlich zu führen. Wir haben die Verpflichtung, uns alle nur mögliche Klarheit über den wahren Stand der Verhältnisse namentlich in Berlin zu verschaffen, um uns selbst und unsere Kameraden für die Aufgaben vorzubereiten, die den Teilnehmern der Tagung am 16. Dezember gestellt sein werden. Wir sind der Überzeugung, daß in dieser Stunde äußerster Gefahr erste Pflicht ist, alle Kraft des Erkennens aufzubieten, um das wahre Gesicht der Dinge zu enthüllen, nicht wie es von diesem oder jenem Parteistandpunkt aus erscheint, sondern wie es sich den Augen der Besten und Erfahrensten darstellt, wenn sie als Menschen unter Menschen die gemeinsame äußerste Lebensgefahr aller erwägen.

Bitte, helfen Sie uns. Gewähren Sie mir die Möglichkeit einer persönlichen Unterredung. Beantworten Sie uns vor allem drei Fragen:

1. Welches sind die Kernfragen, die in diesem Augenblick unter allen Umständen als das Entscheidende festgehalten werden müssen?
2. Auf welche Weise kann nach Ihrer Meinung der Soldatenrat des Feldheeres dem Ganzen jetzt am nützlichsten dienen?
3. Welche Aufgaben und Möglichkeiten hat nach Ihrer Meinung der zum 16. Dezember nach Berlin einberufene Vertretertag aller A.- und S.-Räte?

. . . . (Unterschrift)

Die darauf bis zum Abschluß dieses Berichtes eingegangenen Antworten sind im folgenden zusammengestellt.

Eduard Bernstein Beigeordneter im Reichsschatzamt

Die wichtigste Aufgabe für das deutsche Volk im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Befestigung der demokratischen Republik in den Herzen, in den Köpfen und in den Dingen.

Die demokratische Republik in den Dingen befestigen, heißt ihr sobald als möglich die feste, endgültige Form geben und alle Einrichtungen im öffentlichen Leben, in Reich, Staaten und Gemeinden, mit ihrem Geiste erfüllen. Und weiterhin befestigen wir die demokratische Republik in den Dingen, wenn wir dafür Sorge tragen, daß das Wirtschaftsleben des Volkes sobald als nur irgend möglich wieder in vollen Gang kommt, die breiten Volksmassen wieder lohnende Arbeit haben und der Wohlstand sich hebt, was einzig durch die Arbeit möglich ist.

Die demokratische Republik wird dadurch in den Köpfen befestigt, daß die breiten Volksmassen den schöpferischen Wert der politischen Waffen erkennen, die sie ihnen in Gestalt der vollen demokratischen Volksrechte in die Hände gibt und durch deren richtigen Gebrauch, der freilich erlernt werden muß, aber nur durch Übung erlernt wird, die ganze alte Gesellschaft aus ihren Angeln heben und eine neue schönere Gesellschaft der Freiheit und des Wohlstandes aller an ihrer Stelle errichten kann. Wir befestigen sie ferner durch die Erkenntnis in den Köpfen, daß sie vor allen anderen Staatsformen den großen Vorteil voraus hat, ledig zu sein all der verrotteten Überbleibsel früherer Jahrhunderte, so daß die Bahn in ihr **frei** ist für den **unablässigen Fortschritt auf allen Gebieten des kulturellen Lebens.**

In den Herzen des Volkes aber wird die demokratische Republik dadurch befestigt, daß ihm zum Bewußtsein gebracht wird, wie sehr in ihr und erst **durch** sie das Volk **zum Herrn seines eigenen Geschickes** wird, wie es in ihr auf die Dauer keinen Willen über den Willen der großen schaffenden Volksmehrheit gibt, daß sie zwar noch nicht die sozialistische Republik, aber doch die beste Form ist, ohne schwere Erschütterungen, unter denen stets alle Volksklassen zu leiden haben, auf dem Wege schrittweiser Verbesserung zur sozialistischen Republik zu gelangen. Wenn das Volk so weiß, daß die demokratische Republik **seine** Republik ist, dann trägt es sie in seinem Herzen und wird jeden als Feind **seiner** Sache betrachten, der den organischen Ausbau der Republik durch Anstiftung von störenden Wirren aufhält.

Eduard Bernstein

Aufgaben der Revolution*)

Von Ed. Bernstein

Welches sind die Aufgaben der Revolution im jetzigen Zeitpunkt?

Weitgehende Meinungsverschiedenheiten herrschen darüber in den Kreisen der Sozialdemokratie. Die schwerwiegende Bedeutung der Frage verhehlt sich niemand. Von ihrer richtigen oder falschen Beantwortung hängt das Schicksal der Republik unseres Volkes ab.

Grundsätzlich sind wir Sozialisten uns darüber einig, daß eine solche Aufgabe die ist, die Republik zu befestigen. Wie verschieden wir auch sonst die Republik als Staatsform bewerten mögen, so kann doch darüber kein Streit obwalten, daß eine Rückbildung zur Monarchie heute gleichbedeutend wäre mit einer Niederlage des Proletariats. Die Arbeiterklasse hat die Republik erobert, sie darf es nicht darauf ankommen lassen, daß sie ihr wieder entweicht. Zumal die Republik die zu lösenden Fragen ungemein vereinfacht und als demokratische Republik mit so weitgehendem Wahlrecht, wie es uns verkündet ist, der Arbeiterklasse den festen Boden darbietet, auf den gestellt sie ihren Einfluß auf allen Gebieten des sozialen Lebens auf das Wirksamste zur Geltung bringen kann.

Nun sind wir uns auch darin einig, daß zurzeit die Republik der Sicherung durch die Organisation des Proletariats in den Arbeiter- und Soldatenräten bedarf, der Ausbau und die Zusammenfassung dieser von allen Sozialisten erstrebt und unterstützt werden muß. Der Zwist beginnt erst mit der Frage, ob und wann die Macht der Arbeiterräte an eine vom ganzen Volk gewählte Nationalversammlung übergehen soll und wie weit inzwischen das Arbeitsprogramm dieser Räte und des von ihnen als Ministerium der Republik bestätigten Rats der Volksbeauftragten sich erstrecken soll.

Ich will auf diese Frage selbst hier nicht eingehen. Es scheint mir aber, daß beim Streit über sie sehr wichtige Gesichtspunkte entweder gar nicht oder nur sehr ungenügend berücksichtigt werden. Und da ihre Nichtbeachtung oder Verkennung für den Bestand und die Weiterentwicklung der Republik im höchsten Grade verhängnisvoll werden kann, ist es unerläßlich, den Tatsachen, um die es sich bei ihnen handelt, offen und prüfenden Auges ins Gesicht zu sehen.

Jede Regierung bezw. jede Herrschaft erweist ihre moralische Berechtigung zur Ausübung der Regierungsgewalt durch die Wirkungen ihres Regierens. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!" ist noch immer das letzte Wort der Geschichte über zur Herrschaft gelangte Regierungen und Systeme gewesen. Kraft dieses Grundsatzes hat ja auch die proletarische Revolution die bisherige Regierung und deren System gestürzt. Nach formal-juristischem Recht waren die durch die Revolution gestürzten Regierungen Preußens und des Reichs, um nur von diesen zu reden, so rechtmäßig an ihrem Platze wie nur irgendwelche. Die Revolutionsregierung kann sich auf kein formales Recht berufen. Will sie aber Besseres sein als eine Regierung der brutalen Gewalt, sei es einer Partei oder einer Klasse, dann muß sie ihr sittliches Recht zur Herrschaft dadurch dartun, daß sie durch die **Tat** ihre Überlegenheit über ihre Vorgänger in bezug auf die Wahrnehmung des öffentlichen Wohls bekundet.

Das ist keine bloße Tüftelei. Nach diesem Grundsatz haben die Völker noch stets ohne lange zu spekulieren in Revolutionen die neuen Herrscher beurteilt und demgemäß sich zu ihnen verhalten.

Völker aber wollen vor allen Dingen leben, das heißt, die materiellen Bedingungen ihres Daseins erfüllt sehen, und das Dasein der Völker wird bestimmt vom Gang ihres Wirt-

*) Diesen Aufsatz veröffentlichte „Die Freiheit" in ihrer Morgenausgabe vom 22. November 1918 (Mit dem Zusatz: „Wir geben diesen Artikel als Beitrag zur Diskussion wieder, ohne uns mit ihm durchaus zu identifizieren.")

schaftslebens. Individuen können längere Zeit von aufgespeicherten Gütern leben, ganze Völker nicht. Am allerwenigsten können sie es unmittelbar nach einem Kriege, der so sehr die Vorräte wichtigster Gegenstände des allgemeinen Bedarfs verschlungen hat, wie der diesmalige. Völker leben von ihrer laufenden Arbeit, und unser Volk ist um so mehr auf diese angewiesen, als zum gewaltigen Mangel an Vorräten noch hinzukommt die drückende Last unerhört großer Verpflichtungen an das Ausland.

Es hängt also ungemein viel davon ab, ob unter der neuen Regierung die Volkswirtschaft eine gute Entwicklung nimmt, ob die Maschinen laufen und Handel und Gewerbe in allen Zweigen sich kräftig regen. Die Wünschbarkeit, daß es geschieht, ist, wie ich in einem früheren Artikel feststellen konnte, von den regierenden Faktoren der Republik allgemein anerkannt. Allseitig ist betont worden, daß man das volkswirtschaftliche Getriebe soweit als möglich ungestört lassen wolle.

Solche Erklärungen haben jedoch überzeugende Kraft nur in dem Maße, als sie im Einklange stehen mit dem allgemeinen Verhalten, der allgemeinen Politik der Regierung und ihrer Organe. Das nun wird vielfach übersehen oder nicht genügend gewürdigt. Nicht von Vertretern der Regierung, wohl aber von Leuten, denen man Einfluß auf sie zuschreibt, sind teils in Versammlungen und teils in der Presse Äußerungen zum Besten gegeben worden, die der gegenwärtigen Auffassung Raum geben. Gar nicht zu reden von der Agitation derjenigen, denen der Gang der Revolution spießbürgerlich erscheint, weil er nicht mit sofortigen konfiskatorischen Gewaltmaßnahmen großen Stils verbunden ist.

Von zwei Dingen gibt es aber nur eines: entweder man treibt auch der Volkswirtschaft gegenüber rücksichtslose Gewaltpolitik und läßt es darauf ankommen, ob ganze Industrien dabei lahmgelegt und ihre Arbeiter aufs Pflaster gesetzt werden, oder man versucht systematisch und konsequent das Sozialisierungswerk schrittweise und organisch so zu vollziehen, daß Produktion und Handel so wenig als nur möglich Stockung erleiden.

Was bei ersterem herauskommt, hat man in Rußland gesehen. Dort haben die Bolschewisten so gewalttätig in das Wirtschaftsleben eingegriffen, daß denen, die Gewalt und radikal für das Gleiche halten, das Herz im Leibe lachen mußte. Sie glaubten damit den Kapitalismus unschädlich zu machen. Tatsächlich haben sie ihn im Gegenteil nur außerstand gesetzt, die wirtschaftliche Funktion zu erfüllen, die ihm auch die sozialistische Kritik unserer großen Meister zuerkannt hat, und einige der am radikalsten schillernden Verordnungen wurden abgetönt. Aber mit Halbheiten wird in diesen Dingen wenig ausgerichtet. Nach dem russischen Blatte „Finansy i Narodnoje Shosjaistwo", Nummer vom 22. Oktober d. J., weisen die Staatseinkommen der Sowjetrepublik im ersten Halbjahre 1918 gegen das entsprechende Halbjahr 1917 geradezu horrende Rückgänge auf. So fielen in Millionen Rubel die Einnahmen aus

der Industrieabgabe	von	314,7	auf	91,8
den Stempel- und Kanzleiabgaben	„	54,2	„	25,3
der Immobilien- uod Umsatzsteuer	„	22,0	„	1,7
der Kapital- und Einkommensteuer	„	23,2	„	5,4
der Immobiliensteuer	„	15,0	„	7,2
der Verkehrs- und Güterabgabe .	„	12,0	„	4,6

Wenn nicht eine große Ermäßigung der Steuersätze stattgefunden hat, was ich im Augenblick nicht feststellen kann, was aber auch im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, so zeigen diese Rückgänge ein Stocken der Volkswirtschaft an, das in der modernen Geschichte seinesgleichen nicht hat. Rückgang der Industrieabgabe — bei gleichzeitigem gewaltigem Fall der Kaufkraft

des Rubels! — von 214 auf 90 Millionen Rubel, das heißt Stillstand unzähliger Fabriken, Arbeitslosigkeit in einem Grade, wie man sie vorher nie gekannt hat. Im ganzen sind nach dem Bericht, der sich auf amtliche Quellen stützt, die Staatseinnahmen gegen den Voranschlag um etwa vier Fünftel zurückgeblieben. Statt 2852 Millionen Rubel haben sie 539,6 Millionen ergeben.

Bebel hat einmal den Ausspruch getan: „Wo kein Profit ist, raucht kein Schornstein." In der bürgerlichen Wirtschaft — und trotz aller drakonischen Maßnahmen gegen das „Kapital" — steckt doch die Sowjetregierurg noch in dieser — hat der Satz seine unbestreitbare Wahrheit. Kein Unternehmer wird und kein Unternehmen kann auf die Dauer Maschinen laufen lassen, wenn das Unternehmen passiv wirtschaftet. Und mehr noch ist ein Zweites notwendig, darauf die Maschinen laufen: Sicherheit. Für unser vielverzweigtes Wirtschaftsleben, dessen Regel Vorausbestellung, Vorausproduktion ist, ist Sicherheit im Rechtszustand unerläßliche Lebensbedingung. Wo sie fehlt, gibt es keine der Rede werte Einführung neuer Arbeitsmethoden, die größere Auslagen notwendig machen, keine Erneuerung von Maschinen, keinen Bau von neuen Fabrikanlagen, keine Warenbestellungen in nennenswertem Umfange. Statt dessen Notstand auf allen Gebieten und zunehmende Arbeitslosigkeit.

Dies zu vermeiden, hat die Republik alle Ursache; denn wenn sich auch die Unzufriedenheit im Volke zunächst gegen die Fabrikanten wenden, sich in Revolten gegen diese äußern mag, so pflegt es nicht dabei zu bleiben. Unausbleiblich richtet sich der Groll bald gegen die Regierung und ihr System, das ist eine überall gemachte Erfahrung. Soll die deutsche Revolution sie nicht zum so und sovielten Male wiederholen, dann muß sie suchen, den Mißstand zu vermeiden. Und sie kann es mit gutem Gewissen tun. Denn wozu das Erreichte verkleinern? Ein gewaltiger Schritt nach vorwärts ist getan. Institutionen sind beseitigt, die tief im nationalen Leben des deutschen Volkes eingewurzelt waren und es mit sichtbaren und unsichtbaren Fesseln einengten, und die Bahn ist frei für umfassende, schöpferische Arbeit auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Es heißt aber eine schlechte Meinung vom deutschen Proletariat haben, dessen Genie gerade Organisation und soziale Arbeit heißt, wenn man glaubt, daß es und seine Partei mit der Demokratie nichts Rechtes werden anzufangen wissen, weil diese nur „bürgerliche" Demokratie sei. Was die Revolution errungen hat, ist weder bürgerliche noch proletarische Demokratie, sondern Demokratie schlechthin, die Waffe — durch deren rationellen Gebrauch die Umwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung ohne Zuhilfenahme des Chaos bewirkt werden kann, der nicht der Vorläufer des schönen Neuen, sondern der schwarzen Reaktion zu sein pflegt.

Heinrich Cunow Herausgeber der „Neuen Zeit"

Zur Frage I:

Die wichtigste Frage ist zurzeit, wie kommt Deutschland zu geordneten Verhältnissen, damit eine Stockung der Volksernährung und infolgedessen die drohende Hungersnot vermieden, das zerrüttete Wirtschaftsleben wieder aufgerichtet und einer allgemeinen, anhaltenden Arbeitslosigkeit der ärmeren Volksschichten und schweren Wirtschaftskrisen vorgebeugt wird?

Die Antwort darauf ist: Möglichst schnelle Einberufung einer Nationalversammlung; denn ohne solche bekommen wir keinen Frieden, keine Nahrungsmittel und nicht die nötigen Rohstoffe für unsere Industrie aus dem Auslande, auch keinen Kredit bei fremden Banken und Firmen zur Bezahlung dieser Lebensmittel und Rohstoffe.

Zur Frage II und III:

Die wichtigste Aufgabe der am 16. Dezember zusammentretenden, nach Berlin einberufenen Delegiertenversammlung aller A.- und S.-Räte ist daher, energisch darauf zu dringen, daß die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nicht bis zum 16. Februar hinausgeschoben werden, sondern schon Anfang Januar, spätestens Mitte Januar stattfinden, und daß ferner das Durcheinander- und Nebeneinanderregieren der verschiedenen Regierungskörperschaften aufhört und die ausführende Regierungsgewalt, die sogen. Exekutivgewalt, allein den sechs Volksbeauftragten überlassen bleibt, deren Zahl am besten um einige weitere, zuverlässige Personen vermehrt wird.

Adolf Damaschke

Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer und des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten)

Berlin, den 8. Dezember 1918.

Sehr geehrter Herr . . .!

Anbei sende ich Ihnen:

a) Den Entwurf einer Entschließung,

b) eine kurze Begründung und Text unserer Eingabe,

c) geordnetes Material für die Darlegungen bei den Kameraden*)

Ausdrücklich erkläre ich mich natürlich bereit, in den Vorbesprechungen auch persönlich über die Geschichte und die Ziele der Kriegerheimstättenbewegung zu referieren.

Ich bitte, in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes ganz über meine Zeit und Kraft zu verfügen.

Mit dem heißen Wunsche, daß es den ehrlichen Freunden unseres Volkes gelingen möge, unser Volk durch diese Erschütterungen einen wesentlichen Schritt in der Kulturentwicklung vorwärts und aufwärts zu führen, bin ich mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebenster

A. Damaschke

---

*) 1. Einstimmiger Beschluß des Reichstages, 2 Die Antwort der „Terrain-Interessenten", 3. Helfferichs Stellung, 4. Unabhängige Gutachten, 5. Hindenburg, 6. Schjerning, 7. Die Arbeiter- und Soldatenräte, 8. Die 8. Armee, 9. Der Groß-Berliner Soldatenrat, 10. Arbeiter- und Postbeamten-Räte

Berlin, den 9. Dezember 1918.

Sehr geehrter Herr . . .!

Zu den politischen Fragen, von denen wir ja persönlich gar nicht sprechen konnten, möchte ich Ihnen nur noch nahelegen, eine möglichst freudige und herzliche Begrüßung der Deutsch-Österreicher zu veranlassen. Die Vereinigung aller großen deutschen Siedelungsgebiete in Europa muß das große bleibende Ergebnis dieses Krieges werden. Mit bestem Gruß

Ihr sehr ergebener A. Damaschke

a. Entschließung

Der Vertretertag der A.- und S.-Räte spricht die feste Erwartung aus, daß die kommende Nationalversammlung als eine ihrer ersten und dringendsten Aufgaben die Schaffung eines Heimstättengesetzes erkennen wird, wie es der letzte deutsche Reichstag für alle Kriegsteilnehmer bereits am 24. Mai 1916 einstimmig gefordert hat. Im alten Reiche war aber die Macht der Terrainspekulation und des Großgrundbesitzes so stark, daß sie die Verwirklichung dieses Gedankens vereitelt hat. Jetzt wird dieses Gesetz, erweitert zu einem allgemeinen Volksheimstättengesetz, eine der festesten Grundlagen des sozialen Neuaufbaues des deutschen Volksstaates werden. Bisher wurden Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, alle schaffenden Stände, um die Erhöhung des Ertrages ihrer Arbeit durch Miets- und Pachtsteigerungen betrogen.

Billige und gesunde Heimstätten, dauernd geschützt vor jedem Mißbrauch, werden nach jeder Richtung zur Gesundung unseres Volkes wesentlich beitragen.

Die Erstellung dieser Heimstätten, zu der alle Rohstoffe im eigenen Land vorhanden sind, wird auch daran helfen, lohnende Arbeit in Fülle zu schaffen. Diese Aufgaben sind so groß und drängend, daß der Vertretertag, wie bisher schon mehr als 500 Arbeiter- und Soldatenräte an der Front und daheim, auch seinerseits den Rat der Volksbeauftragten ersucht, durch eine Notverordnung die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gemachten Vorschläge schleunigst durchzuführen:

1. Das Enteignungsrecht zur Verbesserung des Wohn- und Siedlungswesens zu regeln, und zwar auf Grundlage des Preises, den der Grundbesitzer bei der letzten Einschätzung vor dem Kriege selbst angegeben hat (Wehrbeitrag).

2. Die Verleihung eines allgemeinen Vorkaufsrechts bei jedem Besitzwechsel von Boden an Kreise und Gemeinden.

3. Die dauernde Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen jeden spekulativen Mißbrauch.

Durch diese Notverordnung wird auch schon vor der Nationalversamm-

lung der große Grundsatz festgelegt, daß der vaterländische Boden, der durch diesen Krieg mit einer ungeheuren Bluthypothek belastet ist, für alle Zukunft davor bewahrt bleibe, wie eine beliebige Ware behandelt, jedem Mißbrauch ausgesetzt, zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung erniedrigt zu werden.

b. Eingabe

An den Rat der Volksbeauftragten. Berlin, 14. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten hat am 12. November Verkündigungen erlassen, denen sofort Gesetzeskraft beigelegt worden ist. Als Vertreter des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten", dem zurzeit 3659 Behörden und Organisationen aller Art angehören, bittet der Unterzeichnete dringend, diese Verfügungen durch folgende Notbestimmungen zu ergänzen:

1. Zur Verbesserung der Wohn- und Siedlungsverhältnisse in Stadt und Land können Kreise und Gemeinden nötigenfalls geeigneten Boden enteignen. Als Grundlage des Enteignungspreises gilt die letzte Selbsteinschätzung des Grundeigentümers vor dem Kriege (Wehrbeitrag). Für die Enteignung kommt in erster Reihe in Betracht Großgrundbesitz, der seit Kriegsbeginn durch Veräußerung den Eigentümer gewechselt hat oder der bis zum 1 Januar 1918 keinen wesentlichen land-, garten- oder forstwirtschaftlichen Ertrag gebracht hat (wie Baustellenterrains, Heide und Moorland).

2 Die Gemeinden und Kreise haben ein gesetzliches Vorkaufsrecht an allem bebauten und unbebauten Boden

3 Für den zur Verbesserung der Wohn- und Siedlungsverhältnisse ausgegebenen billigen Boden haben Kreis und Gemeinde ein dinglich wirkendes Wiederkaufsrecht, wenn der neue Besitzer den Boden freiwillig veräußert oder aufgibt, wenn er ihn nicht dauernd selbst bewohnt oder bewirtschaftet, wenn er grobe Mißwirtschaft treibt.

Begründung:

Das Wort Kriegerheimstätten ist eine Hoffnung für Hunderttausende in unserem Volke geworden, zumal für die Masse der jetzt zurückflutenden Soldaten. Das Reichsgesetz für Kriegerheimstätten selbst ist vom Deutschen Reichstag am 24. Mai 1916 einstimmig gefordert worden. Ein „Entwurf eines Reichsgesetzes über Heimstättenrecht und Kriegerheimstätten" von den Professoren v. Blume (Tübingen) und Erman (Münster) liegt nebst ausführlicher Begründung anbei. Hier sind sorgfältig alle bisherigen praktischen Erfahrungen berücksichtigt worden und Wege gewiesen, die in Zukunft alle Künsteleien überflüssig machen, alle juristischen Schwierigkeiten erledigen. Am besten wäre es, wenn der Rat der Volksbeauftragten sich entschließen könnte, den beigefügten „Entwurf" als vorläufiges Notgesetz in Kraft treten zu lassen. Will er das nicht, so müssen aber unter allen Umständen sofort folgende Punkte geregelt werden:

1. Die Höhe der Entschädigung bei der Enteignung des Bodens. Daß die von der Verfassung geforderte Gemeinnützigkeit des Enteignungszweckes bei der Frage der Wohn- und Siedlungsreform in Stadt und Land vorliegt, bedarf keiner Ausführungen. Wenn heute Großgrundbesitzer und Terraingesellschaften Boden „zu mäßigen Preisen" anbieten, so würde zweifellos die jeweilige Feststellung dieses „mäßigen Preises" eine Quelle dauernder Streitigkeiten werden. Allgemein gilt der Grundsatz, daß in diesem Krieg sich niemand bereichern soll. Zum Wehrbeitrag 1914, unmittelbar vor dem Krieg, mußte jeder deutsche Bodeneigentümer auch den Wert seines Bodens angeben. Wer will aufstehen und sagen, es geschieht ihm unrecht, wenn dieser selbst eingeschätzte Wert bei einer etwa notwendig werdenden Enteignung zugrunde gelegt werden muß?

2. Ebenso wichtig aber ist es, daß der Boden, der nun billig an die zurückkehrenden Krieger und andere gegeben wird, dauernd vor Mißbrauch bewahrt bleibt. Natürlich ist

es unmöglich, billigen Boden, aus öffentlichen Mitteln oder durch Enteignung gewonnen, von einzelnen mit einem privaten Gewinn weiterverschachern zu lassen.

Das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie verlangt an erster Stelle die „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum". Das Bodenreform-Programm verlangt „ein Bodenrecht, das jeden Mißbrauch mit dem Boden dauernd ausschließt und seinen Gebrauch als Wohn- und Werkstätte befördert". Welche dieser grundsätzlichen Anschauungen später die Grundlage der deutschen Bodennutzung werden wird, kann nur die kommende Nationalversammlung entscheiden. Nach beiden Programmen aber ist es unbedingt nötig, daß schon heut eine Sicherung geschaffen wird gegen jeden privaten Mißbrauch mit dem von der Gesamtheit billig vermittelten Boden und seinen Schätzen.

Für die Beschaffenheit von Obdach, Nahrung und Arbeit der heimkehrenden Krieger ist keine Frage von so weitgehender Bedeutung als die des gesicherten Zutritts zum Grund und Boden. Wir zweifeln deshalb nicht, daß der Rat der Volksbeauftragten durch eine Verfügung im obigen Sinne hier in möglichster Beschleunigung klare und feste Grundlagen schaffen wird.

Hauptausschuß für Kriegerheimstätten.
A. Damaschke, Berlin NW, Lessingstraße 11.

c. Material

1. Entschließung des Deutschen Reichstages vom 14. Mai 1916.

Wenn aber etwas dazu beigetragen hat, große Hoffnungen, wenn man will auch starke Begehrlichkeit, nach Heimstätten zu wecken, so trifft dieser Vorwurf, wenn es einer sein kann, in erster Reihe den Deutschen Reichstag selbst, der am 24. Mai 1916 nicht nur einstimmig eine Entschließung seines Wohnungsausschusses für die Kriegerheimstätten angenommen hat, sondern außerdem noch eine Entschließung seines Hauptausschusses (Budgetkommission), die also lautet:

„Der Herr Reichskanzler wird ersucht, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten."

2. Die Antwort der Terrain-Interessenten.

Aus den Kreisen der gewerbsmäßigen Terrainspekulanten Groß-Berlins ist bekanntlich auf Anregung der Herren Haberland und Rosenbaum der sogen. „Schutzverband für Grundbesitz" entstanden, der durch die großen Mittel, über die er verfügt, mancherlei Einfluß zu gewinnen vermocht hat. Dieser Schutzverband hat sich auch mit der Kriegerheimstättenfrage beschäftigt und sich „natürlich" für sie erklärt, allerdings mit einem „Aber", das sein Gesamtpräsidium so formuliert: „Aber sie, die Ansiedlung, hat auch zu gutem deutschen Rechte zu erfolgen, nicht zu einem schlechteren Rechte, wie es die Bodenreformer empfehlen. Insbesondere ist es **fehlerhaft und entschieden zu verwerfen**, wenn der Krieger die Heimstätte nicht **unbeschränkt** veräußern darf." Hier liegt in der Tat die Entscheidung. Heimstätten, die unbeschränkt veräußerlich sind, hören auf, Heimstätten zu sein. Ja, ihre Erstellung in großem Umfange ist überhaupt undenkbar, wenn ihre Zwecksetzung nicht dauernd gesichert bleibt. Wie könnte man Boden billig enteignen, wenn ihn der nächste Besitzer wieder zum höchsten Marktpreise verkaufen könnte? Welcher Minister, Bürgermeister, Pfarrer könnte, ja dürfte Staats-, Gemeinde-, Kirchenland billig für Heimstätten

zur Verfügung stellen, wenn der Heimstättner es heute oder morgen mit einem privaten Vorteil weiter verkaufen und es seiner sozialen Aufgabe wieder entziehen könnte?

3. Helfferich,

der Günstling des Kaisers, hat diese Auffassung an maßgebenden Stellen so vertreten, daß er erklärte: Heimstätten, die nicht unbedingt veräußerlich seien, d. h. die nicht von der gewerbsmäßigen Terrainspekulation dem Heimstättner abgekauft werden können, seien „minderen Rechts".

4. Urteile dagegen:

Zum Schluß seien einige Urteile unabhängiger Vertreter deutscher Wissenschaft und Praxis angeführt.

a. Otto v. Gierke, der Altmeister der deutschen Rechtswissenschaft an der Universität Berlin, am 14. Oktober 1916:

„Eine Bodenrechtsbindung muß erfolgen, sonst ist die ganze Heimstättenarbeit zweck- und aussichtslos."

b. Der preußische Kronsyndikus Prof. Zorn am 10. Juni 1918:

„Wie freies Eigentum nutzbar, dürfen diese Heimstätten weder unbeschränkt veräußerlich, noch unbeschränkt verschuldbar sein. Nach beiden Richtungen muß vielmehr eine feste Grenze gezogen werden, damit nicht der Segen der Kriegerheimstätten sich in den Fluch der Bodenspekulation verwandle. Diese Schranken werden nicht minderes Recht sein, wie man wohl behauptet hat, sondern sie werden höheres Recht sein: Altes, echtes deutsches Recht."

c. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Eduard Meyer in seiner Schrift „Die Heimstättenfrage im Lichte der Geschichte" (Berlin 1918. Verlag Bodenreform) S. 53:

„Aber sie kann zu gar nichts führen und nur das Gegenteil des Erstrebten erreichen, wenn der als Heimstätte zugewiesene Boden nicht zugleich unter ein Recht gestellt wird, das ihn dem Schuldkapital und der Spekulation dauernd entzieht.

Dagegen sträubt sich aber der Mammonismus mit Händen und Füßen; und, wie gewöhnlich, hat er dafür eine schönklingende Phrase bereit: Es würde dadurch ein minderes Recht geschaffen! Subjektiv mag, wer das behauptet, es auch glauben; aber in Wirklichkeit ist es eine Unwahrheit, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt."

5. Der Brief v. Hindenburgs.

Chef des Generalstabes des Feldheeres. Gr. H.-Qu., den 16. 12. 17.

Sehr geehrter Herr Damaschke!

Die Arbeit des „Hauptausschusses für Kriegerheimstätten" findet mein volles Verständnis.

Unsere Krieger, die ihr Vaterland unter schwersten Opfern so ruhmvoll vor dem Verderben geschützt haben, dürfen bei ihrer siegreichen Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen oder gar mit Frau und Kindern der Obdachlosigkeit preisgegeben werden.

Das Vaterland soll jedem, der von ehrlicher Arbeit leben will, dazu helfen, ein vor Wucherhänden geschütztes Heim zu gewinnen, in dem deutsches Familienleben und der Aufwuchs an Leib und Seele gesunder Kinder möglich ist. Das will Ihre Bewegung, und deshalb werden die besten Wünsche aller derer mit Ihrer Arbeit sein, welche die Größe unserer Zeit erkannt haben und es ehrlich mit unseren Kriegern und unserem Volke meinen.

Es handelt sich hier um ein Werk von größter sozialer Tragweite. Je eher dieses in Angriff genommen wird, desto mehr wird es eine Quelle neuer Freudigkeit und dankbarer Hingebung unserer tapferen Truppen werden.

v. Hindenburg

6. Der Brief v. Schjernings.

Der Generalstabsarzt
der Armee.

Gr. H.-Qu., 19. 12. 17.

Sehr geehrter Herr Damaschke!

Nur im gesunden Körper wohnt ein gesunder Sinn, nur in gesunder Wohnung wächst ein gesundes Volk.

Der „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" will unseren heimkehrenden Kriegern ein gesundes, preiswertes eigenes Heim schaffen.

Die deutschen Ärzte kämpfen seit langem für die Verbesserung der Wohnungshygiene. Die luft- und lichtarme, überfüllte städtische Mietswohnung ist die Brutstätte von Krankheiten und Gebrechen, von körperlichen und sittlichen Schäden.

Säuglingssterblichkeit, Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten hängen mit der Wohnungsnot eng zusammen.

Nach dem Friedensschluß ist der Wiederaufbau und die Vermehrung unserer Volks- und Wehrkraft die größte und eiligste Aufgabe Deutschlands, sie entscheidet über unsere Zukunft. Die Schaffung vieler gesunder und billiger eigener Kriegerheimstätten ist dabei eins der sichersten Mittel zur Erhaltung eines arbeitsfrohen, leistungsfähigen Geschlechts und zur Erzieiung eines zahlreichen und wehrkräftigen Nachwuchses.

In dem Besitz und in der Bearbeitung der eigenen Scholle können Tausende von Kriegsbeschädigten ihr Leben ruhig und sorgenfrei neu aufbauen, sowie ihre Leiden und Schäden lindern und heilen.

Gelingt Ihr Werk, so erfüllt unser Volk eine Ehrenpflicht gegen seine tapferen Verteidiger und gewinnt aus der blutigen Aussaat des größten Krieges die beste Ernte für Kinder und Kindeskinder.

v. Schjerning.

7. Stellung der A.- und S.-Räte:

Der neuen Regierung, dem Rat der Volksbeauftragten, hat unser Hauptausschuß am 14. November eine Eingabe überreicht wegen eines Notgesetzes in der Heimstättenfrage (s. Bodenreform Nr. 22). Diese Gedanken zündeten. Aus dem ganzen Reiche liefen Zustimmungen ein. Wir nennen nur die Arbeiter- und Soldatenräte zu:

Aken, Allenstein (Ostpr.), Anklam, Allstedt, Aurich (Ostfriesland), Barby, Berlin (Dolmetscherschule), Berlin-Steglitz, Bernau, Biebrich, Bischofsburg, Bitterfeld, Kreis Blumenthal, Castrop, Cleve, Cosel (Schles.), Crone (Brahe) Dt. Eylau, Demmin, Dorsten i W., Dramburg, Dühren i W., Eisleben, Eisenach, Emden, Frankfurt (Oder), Freienwalde (Oder), Friedrichshagen, Fürth (Bayern), Gardelegen, Gelsenkirchen, Gerbstedt, Glatz, Gnesen, Görlitz, Goslar, Gottesberg, Greiffenberg. Groß-Strehlitz, Guben (N.-L.), Halberstadt, Haltern i. W., Hameln a. d. W., Haspe, Heiligenstadt (Eichsfeld), Hindenburg, Hohenlimburg, Hohensalza, Hörde, Höxter a. d. Weser, Hoyerswerda, Husum, Jauer, Kempen i. Sa., Kirn (Nahe), Kolmar i. Pos., Köslin i. Pom., Langenberg (Rhld.). Landeshut (Schlesien), Lauban, Liegnitz, Lingen, Lissa i. Pos., Löwenberg i. Schles.. Luckenwalde, Marienburg (Westpr.). Marienwerder, Mayen, Meseritz, Mülheim (Ruhr), Münsterberg, Naumburg (Saale), Neurode (Schlesien), Neustadt (Oberschl.), Nikolai (O.-L.), Northeim (Hannover). Nordhausen, Kreis Oberbarnim, Oberglogau, Ohlau, Opfersleben (Baden), Oppeln, Oranienburg, Osterode (Harz), Osterode (Ostpr.), Ostrowo (Posen), Paderborn, Papenburg. Pillau (Ostpr.), Pinneberg, Pr.-Stargard, Putzig, Pyritz (Pom.). Quakenbrück, Rastenburg, Ratingen, Rendsburg. Rügenwalde Salzwedel, Schkeuditz, Schmiedeberg, Schneidemühl, Schönebeck (Elbe), Schwerte Sensburg, Soest, Soltau, Sommerfeld, Stade, Stallupönen, Stargard, Staßfurt, Steele, Straßburg (U.-M.), Strausberg, Swinemünde, Trebnitz (Schles.), Treptow a. R., Vegesack, Wattenscheid, Weidenburg. Wilhelmshaven, Witten (Ruhr), Wittstock (Dosse), Wolgast, Wriezen (Oder), Züllichau., Zentral-A.- u. Soldatenrat für Schlesien usw.

27. November 1918.

An den Hauptausschuß für Kriegerheimstätten, Adolf Damaschke, Berlin.

Der Zentralsoldatenrat der achten Armee hat an den „Rat der Volksbeauftragten" folgende Depesche gerichtet:

„An den Rat der Volksbeauftragten in Berlin richtet der Zentralsoldatenrat der achten Armee die Bitte, die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten dem Rat der Volksbeauftragten unterbreiteten Vorschläge:

1. um Regelung des Enteignungsrechts zur Verbesserung des Wohnungs- und Siedlungswesens,

2. um ein allgemeines Vorkaufsrecht bei Besitzwechsel von Grund und Boden,

3. um Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen spekulativen Mißbrauch durch Notgesetz schleunigst einer allgemeinen Regelung zu unterziehen, damit die rückkehrenden Kameraden Grund und Boden zur Gründung von Heimstätten finden."

Der Zentralsoldatenrat der achten Armee bittet den Hauptausschuß, seine dankenswerten Bestrebungen zur Schaffung der Heimstätten rückkehrender Krieger energisch weiterzuführen.

Zentralsoldatenrat der achten Armee, 168/18.

Eydel. Wichmann. Siemes. Saß. Kroeber.

9. Der Groß-Berliner Soldatenrat für Kriegerheimstätten.

Der Groß-Berliner Soldatenrat, dem etwa 300 Soldatenräte angehören, beschäftigte sich in seiner gestrigen Tagung auch mit dem Antrag der Dolmetscherschule betreffend Kriegerheimstätten. Der Antrag lautete:

An den Rat der Volksbeauftragten richtet die im Reichstagsgebäude am 5. Dezember 1918 tagende Delegiertenversammlung der Soldatenräte der Groß-Berliner Truppen die Bitte, die vom Hauptausschuß für Kriegerheimstätten dem Rat der Volksbeauftragten durch Eingabe vom 14. November 1918 unterbreiteten Vorschläge schleunigst durch Notgesetz zur allgemeinen Durchführung zu bringen, damit die rückkehrenden Kameraden Grund und Boden zur Gründung von Heimstätten finden. Wir bitten dementsprechend

1. um eine Regelung des Enteignungsrechts zur Verbesserung des Wohnungs- und Siedlungswesens,

2. um ein allgemeines Vorkaufsrecht bei Besitzwechsel von Grund und Boden,

3. um die Sicherung des ausgegebenen Bodens gegen spekulativen Mißbrauch.

Zur Begründung dieses Antrages führte Schmidt aus:

Schon der alte Reichstag hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Es ist auch bekannt, daß der Bund deutscher Bodenreformer seit 20 Jahren in diesem Sinne tätig gewesen ist. Zu Anfang des Krieges ist ein Hauptausschuß für Kriegerheimstätten gegründet worden, der jetzt 3659 verschiedene Behörden und Organisationen umfaßt, darunter die freien Gewerkschaften, die Eisenbahner und viele Kommunen. Auf die große allgemeine Bedeutung solcher Heimstätten brauche ich bei der herrschenden Wohnungsnot nicht näher einzugehen. Die Dringlichkeit der Sache ist heute nach dem Kriege größer denn je. Wenn man von sozialistischer Seite das Bedenken erhebt, der Industrie würden dadurch die Arbeiter entzogen, so trifft das nicht zu. Gerade die Industriearbeiter sollen den Nutzen davon haben. Sie sollen unabhängig gemacht werden von der Auswucherei der Mietshäuser. Es haben bereits 150 Arbeiter- und Soldatenräte diese Unternehmen durch ihre Zustimmung unterstützt. Lassen Sie uns auch das Unsrige tun, damit den von der Front Kommenden eine Heimstätte geboten wird.

Nachdem noch von anderer Seite der Antrag warm befürwortet war, wurde er ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

10. Postbeamte und Kriegerheimstätten.

Der Postbeamten- und Arbeiterrat Groß-Berlins, der eine große Versammlung im Lehrervereinshaus einberufen hatte, nahm folgende Entschließung einstimmig an:

„Der am 6. Dezember tagende Postbeamten- und Arbeiterrat der Postämter Groß-Berlins, der insgesamt 47000 Postangehörige vertritt, hält es für seine Pflicht, alle Volksgenossen auf die Dringlichkeit des vom Hauplausschuß für Kriegerheimstätten geforderten Kriegerheimstätten-Gesetzes hinzuweisen. Es kommt jetzt alles darauf an, den inneren Frieden zu erhalten, Arbeitsgelegenheit und Unterkunft für die zurückkehrenden Krieger zu schaffen. Nichts ist aber entscheidender für die Zukunft unseres Volkes, als ein großzügiges Siedlungswerk, das jeden spekulativen Mißbrauch mit dem heimischen Grund und Boden ausschließt."

Dr. J. Jastrow Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Soldatenrat des Feldheeres O. H. L.

Auf die Zuschrift vom 5.

Zu 1. Es gibt gegenwärtig für das Schicksal Deutschlands nur eine „Kernfrage": Die sofortige Anberaumung der Wahlen zur Nationalversammlung, statt der Verschleppung ins Ungewisse bis zum Februar. Wer meint, daß er, je nach seiner politischen Überzeugung, noch andere Forderungen daneben betonen müsse, trägt zur Verdunkelung dieser Kernfrage bei und hat den furchtbaren Ernst unserer Lage noch nicht erkannt. Daß die sofortige Wahl technisch unmöglich sei, ist eine willkürliche Behauptung. Es gibt ordnungsmäßige Mittel, die Aufstellung von Wählerlisten entbehrlich zu machen. Im Jahre 1871 haben die Wahlen zur französischen Nationalversammlung elf Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes stattgefunden. — Ausführlicher habe ich die Frage in dem Aufsatz der Vossischen Zeitung vom 30. November (Morg.) behandelt und glaube nicht, daß irgendein Kenner der Wahltechnik anderer Meinung ist.

Darin dürfte die Antwort zu 2 und 3 bereits enthalten sein.

Indem ich hoffe, daß mit dieser Zuspitzung sich Ihre Tagung ein wahres Verdienst um unser schwergeprüftes Volk erwerbe, verbleibe ich

in vorzüglicher Hochachtung

Dr. Jastrow,

Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Die Nationalversammlung. (Abdruck nach der Voss. Ztg. v. 30. 11. 18).

Von Dr. J. Jastrow,*) Professor an der Universität Berlin.

Am 28. Januar 1871 wurde der deutsch-französische Waffenstillstand unterzeichnet. Am 8. Februar fanden die Wahlen zur französischen Nationalversammlung statt. Am 13. trat sie in Bordeaux zusammen. Am 26. war der Präliminarfriede von Versailles unterzeichnet.

Am 9. April 1848 beschloß eine in Frankfurt a. M. zusammengetretene freie Versammlung deutscher Landtagsabgeordneter und anderer angesehener Männer, das sog. „Vorparlament", daß die zukünftige Verfassung Deutschlands einzig und allein das Werk einer deutschen Nationalversammlung sein solle. Obgleich das Vorparlament als eine Versammlung von Privatmännern angesehen wurde, der Bundestag keine Zentralgewalt besaß und die Zustimmung von 37 Einzelregierungen einzuholen war, so waren doch um die Wende vom April zum Mai in allen deutschen Ländern die Wahlen so in Gang gesetzt, daß am 18. Mai die Nationalversammlung in der Paulskirche zusammentreten konnte. Und das in einem Lande fast ohne Eisenbahnen und Telegraphen, wo eine Reise nach Frankfurt von den entlegenen Gutssitzen Litauens oder Südtirols eine Woche und länger dauern konnte.

Am 9. November 1918 trat in Berlin nach der Abdankung des Kaisers eine neue Regierung ans Ruder, die sich mit folgender grundlegenden Erklärung einführte: „Die neue Regierung wird sich für die Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20jährigen Staatsbürger beider Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden; sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen." Aber über den Tag der Wahlen verlautete zunächst nichts. Und als endlich der Plan bekannt wurde, die Wahlen bis auf den 2. Februar zu verschieben, da erfolgte nicht etwa ein begütigendes Versprechen, an dieser Vierteljahrsfrist etwas zu kürzen, sondern im Gegenteil die Mitteilung, daß es noch unsicher sei, ob sich der Termin werde einhalten lassen. Es sei amtlich noch nichts beschlossen. Die Aufstellung der Wählerlisten erfordere Zeit. Schon aus technischen Gründen werde die Auslegung der Listen bis zum 2. Januar vielleicht nicht möglich sein, und einen Monat Zwischenraum werde man für Behörden und Parteien doch lassen müssen.

Inzwischen sind die wahren Hindernisse der Nationalversammlung bekannt geworden. An dem ehrlichen Willen der sozialdemokratischen Partei, das Versprechen vom 9. November einzulösen, ist nicht zu zweifeln. Auch bei den Unabhängigen besteht an sich nicht die Absicht der Vereitelung. Nur gibt es in ihnen einen Flügel, der von der weiter links stehenden Spartakusgruppe beeinflußt wird. Diese Gruppe deutscher Bolschewisten vertritt in ihrem neubegründeten Organ, der „Roten Fahne", unter Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg ein sehr bestimmtes Programm. Die provisorische Regierung habe zunächst die Pflicht, in das deutsche Wirtschaftsleben den Sozialismus einzuführen; erst nach Erfüllung dieser ersten Pflicht dürfe an die zweite, die Einberufung der Nationalversammlung, herangetreten werden. Sie stützt sich auf die Stelle bei Marx, wo jene erste Aufgabe der Diktatur des Proletariats gewiesen wird. Mit diesem „Es steht geschrieben" wirkt sie auf die theologisch angehauchten Gemüter unter den Unabhängigen und sucht mit diesen eine einheitliche Front zu bilden, die die gesamte Sozialdemokratie bei Strafe der Ketzerei zu dem Bekenntnis nötigen soll: erst Sozialismus, dann Konstituante! Dieses Programm ist zwar in sich widerspruchsvoll. Die „Sozialisierung der Betriebe" ist eine viel zu umfangreiche Veranstaltung, sie geht

*) Der Artikel des geschätzten Verfassers lag uns bereits seit einer Reihe von Tagen vor, mußte aber wegen der Papierknappheit wiederholt zurückgestellt werden. Die Bekanntgabe des späten Wahltermins, der noch dazu von der Zustimmung des A.- und S.-Kongresses abhängig gemacht wird, rechtfertigt in hohem Maße den Abdruck.

viel zu tief in die feinen Poren des Volkslebens, als daß sie sich einem Volke von 66 Millionen aufnötigen ließe. Gerade für diese Aufgabe werden die Anhänger des sozialistischen Ideals die Nationalversammlung unbedingt nötig haben. In dem Gegensatz aber, der uns im Augenblick beschäftigt, kommt es nicht so sehr darauf an, was richtig ist, sondern was für richtig gehalten wird. Eine kleine Minderheit will der Mehrheit ihren Willen aufzwingen und verlangt die Vertagung der ganzen Wahlfrage bis nach Lösung des ersten Problems, der „Sozialisierung der Betriebe".

Da haben sich denn als Mittelweg die mit Recht so beliebten technischen Schwierigkeiten eingestellt. Man bleibt im Prinzip dabei, die Wahlen so schnell wie möglich auszuschreiben, kommt aber den Verhinderern so weit entgegen, daß man weite Fristen für objektiv notwendig erklärt. Während unter allen Liberalen sich Bestürzung darüber geltend machte, daß die parlamentslose Diktatur bis zum 2. Februar 1919 dauern solle, war unser liberaler Staatssekretär des Innern schon drei Tage nach seinem Eintritt in die Regierung von der dort herrschenden Atmosphäre so weit beeinflußt, daß er in einem Interview mit der Versicherung der „denkbar schnellsten Einberufung" gleichzeitig den Zweifel verkündete, ob der 2. Februar sich werde einhalten lassen, und in dem oft von ihm verspotteten weisheitsvollen Geheimratsstil den inhaltsreichen Satz hinzufügte: wie eine Verzögerung, so müsse auch eine Überstürzung vermieden werden.

Demgegenüber haben die Demokraten im Lande die Aufgabe, mit Entschiedenheit zu fordern, daß nicht die Zeit nach der Wahltechnik sich richten solle, sondern die Wahltechnik nach der zur Verfügung stehenden Zeit. Deutschland braucht eine verfassunggebende Versammlung, und es braucht sie sofort. Ist es unmöglich, in kurzer Zeit Wählerlisten aufzustellen, so ist es Sache der Wahltechnik, ein System ohne Wählerlisten zu ersinnen. Ist es unmöglich, die zurückströmenden Feldgrauen in kurzer Zeit in Wahlkreise einzugliedern, so ist es Sache der Wahltechnik, ein System ohne Wahlkreise vorzuschlagen.

Beides ist wahltechnisch möglich. Es wird dadurch bedeutend erleichtert, daß nach Verhältniswahl gewählt werden soll. Jede Partei und jede sich neu bildende Gruppe hat das Recht, beim Reichsamt des Innern eine Kandidatenliste einzureichen, die ein Kennwort (Motto) oder eine Nummer erhält. Alle Stimmen, die im ganzen Reiche für eine Liste abgegeben sind, werden zusammengezählt, und von jeder Liste werden soviele als gewählt verkündet, wie im Verhältnis der abgegebenen Stimmen auf die Liste entfallen. Wenn also 600 Abgeordnete zu wählen sind und es sind abgegeben auf Liste I 15, II 5, III 1, IV 10, V 9, zusammen 40 Millionen Stimmen, so sind von jeder Liste gewählt: 225, 75, 15, 150, 135 Kandidaten, und zwar von jeder Liste die erstgenannten von oben nach unten. Bei diesem System ist es gleichgültig, wo der Wähler wählt. An seinem Heimatort (der Soldat bei seinem Truppenteil) hat er sich rechtzeitig einen Wahlausweis zu besorgen. Nur gegen Abgabe dieses Ausweises wird der verschlossene Stimmzettel in die Urne geworfen. Wählerlisten sind überflüssig.

Wer gegen dieses System kluge Bedenken vorzubringen weiß, der rechne mit der Möglichkeit, daß andere Leute vor ihm dieselben klugen Bedenken auch schon gehabt haben, und daß sie in der höchst umfangreichen Literatur über Verhältniswahl ausführlich besprochen sind. Ideal ist ein Wahlsystem nicht, bei dem jeder Zusammenhang eines Abgeordneten mit einer örtlichen Wählermasse verschwindet. Im Augenblick aber handelt es sich nicht darum, daß wir die Konstituante mit einem idealen Wahlsystem erhalten, sondern daß wir sie überhaupt erhalten. Mögen die Anhänger der Nationalversammlung in der heutigen Regierung mit sich zu Rate gehen, ob sie mit ihrem Namen ein System decken wollen, das unter dem Anschein besonnener Bedenken tatsächlich einer Verzögerung dient, die einer Vereitelung gleichkommt!

Karl Kautsky Beigeordneter im Auswärtigen Amt

Die deutsche Revolution ist das Werk der Arbeiter und Soldaten. Ihr erstes Ergebnis ist der Zusammenbruch der Militärautokratie, die sich auf die Herrschaft einer Kaste von Offizieren und hohen Beamten stützte, geleitet wurde von verantwortungslosen, machtlüsternen Dynastien und aufs engste verbündet war mit dem Finanzkapital und dem Junkertum. Das Zusammenwirken dieser Elemente führte zur Weltpolitik und zum Weltkrieg, der das deutsche Volk an den Abgrund brachte.

Die Wiederkehr der Herrschaft dieser Elemente muß unter allen Umständen verhindert werden. Die Masse der Bevölkerung muß sich um die demokratische Republik scharen; das bestehende Offizierkorps ist aller Kommandogewalt zu entkleiden, soweit sie nicht zur Durchführung der Demobilisierung erforderlich ist; an Stelle des stehenden Heeres ist, soweit noch eine bewaffnete Macht nötig, ein Milizheer zu setzen. Die Herrschaft der Beamten, die jetzt durch Arbeiter- und Soldatenräte kontrolliert werden, ist in normalen Zeiten durch Selbstverwaltungskörper auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts abzulösen. Heute schon sind alle höheren Beamten abzusetzen, die nicht das Vertrauen der Arbeiter und Soldaten genießen und die durch vertrauenswürdigere und ebenso sachkundige Kräfte ersetzbar sind.

Aufgabe der Nationalversammlung ist es, der deutschen demokratischen Republik eine dauerhafte Grundlage zu geben.

Bei der Stärke des Proletariats und der Höhe der Industrie in Deutschland muß die deutsche demokratische Republik notwendigerweise zu einer sozialistischen Republik werden, wenn die deutsche Arbeiterklasse sich ihrer Interessen und des Zusammenhanges dieser besonderen Interessen mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse klar bewußt ist. Nur Unwissenheit und Zwiespalt unter den Arbeitern vermag in der demokratischen Republik das Kommen des Sozialismus zu verzögern. Aufgabe der Propaganda und der politischen Aktion der sozialdemokratischen Organisationen ist es, diese Hindernisse des Sozialismus zu überwinden.

Erschwert wird die Sozialisierung der Produktion, die nur schrittweise erfolgen kann, augenblicklich durch die entsetzlichen Verheerungen und Nachwirkungen des Krieges, die Unterbrechung des Weltverkehrs, die Auszehrung der Vorräte an Lebensmitteln und Rohstoffen, die finanzielle Belastung, die durch Kriegsentschädigungen noch vermehrt wird.

Rascheste Aufnahme und Ausdehnung der Friedensproduktion ist neben der politischen Befestigung der neu errungenen Freiheit das dringendste

Gebot; die Neubelebung der Produktion wird aufs äußerste erschwert durch Unruhe und Unsicherheit.

Keine große Revolution ist bisher vor sich gegangen ohne Unruhen und ohne Verbreitung des Gefühls der Unsicherheit in den Kreisen der besitzenden und bisher privilegierten Klassen. Die jetzige deutsche Revolution verläuft bisher im Vergleich zu anderen Revolutionen weit ruhiger als jede ihrer großen Vorgängerinnen. Doch macht die außerordentliche Zwangs- und Notlage, in der sich das deutsche Volk befindet, es dringend wünschenswert, daß auch dieses relativ sehr gemäßigte Stadium der Unruhe so rasch wie möglich ein Ende nimmt, im Interesse der Republik, im Interesse des Sozialismus, im Interesse des gesamten Volkes, dessen ohnehin schon aufs äußerste eingeschränkten Lebensquellen durch weitere Unruhe völlig verschüttet werden.

Das Streben nach Ruhe und Ordnung darf aber nicht dazu verführen, diesen Zustand mit Gewaltmitteln erzwingen, das politische Leben gewaltsam einschnüren zu wollen. Die Methode der Gewaltsamkeit, von welcher Seite immer sie geübt werden mag, gefährdet gerade das, was erzielt werden soll, daß die einmal unvermeidlichen politischen und sozialen Kämpfe ohne Störung der Ruhe und Ordnung mit den Methoden der Demokratie ausgefochten werden. Die Gewaltsamkeit führt stets zum Bürgerkrieg. Wer sie bei anderen verwirft, muß selbst Kaltblütigkeit und Selbstbeherrschung genug bewahren, um nicht durch eigenes Tun Störungen der Ruhe und Ordnung herbeizuführen.

Je mehr und je konsequenter in diesem Sinne gehandelt wird, desto eher dürfen wir erwarten, daß das deutsche Volk mit heiler Haut aus der furchtbaren Krise hervorgeht, in die es hineingeraten ist, und um so eher wird die Deutsche Republik den Beginn einer neuen höheren Gesellschaftsordnung bedeuten.

Den 10. Dezember 1918.

K. Kautsky.

C. Legien Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

Berlin, den 10. Dezember 1918.

An den Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung.

Auf die in dem Schreiben vom 5. d. Mts. an uns gerichteten Fragen geben wir zur Antwort:

Zu 1) Die entscheidenden Kernfragen sind: Sicherung der durch die

Revolution erreichten politischen Errungenschaften und Aufrechterhaltung resp. Wiederingangsetzung unseres Wirtschaftslebens. Das erstere muß erreicht werden, indem das gesamte deutsche Volk zur Anteilnahme an dem politischen Geschick und der Beratung über die Gestaltung unserer Staatsorganisation herangezogen wird. Dazu dient die Nationalversammlung, deren Wahl für den 16. Februar vorgesehen ist. Sie muß dem Lande die Verfassung geben, die Regierung einsetzen und deren ständige Kontrolle durch eine Volksvertretung sichern. Nur wenn durch Volksabstimmung, wie sie in der Wahl zur Nationalversammlung gegeben ist, die Entscheidung über die politische Gestaltung Deutschlands getroffen wird, ist der Erfolg der Revolution, die deutsche Republik, gesichert, während ihr ständig Gefahr droht, wenn nur ein Teil des Volkes allein über Verfassung, Regierung und Volksvertretung Bestimmung trifft. Nicht Diktatur, auch wenn sie berechtigt erscheint, sondern Demokratie, ist der Ausdruck der Gerechtigkeit und deshalb die einzige Gewähr für dauernden und gesicherten Bestand eines freien Staatswesens.

Ohne ein Wirtschaftsleben, das die Bedürfnisse des Volkes an Nahrung und Kleidung, Wohnung, Licht und Wärme zu befriedigen vermag, keine politische Freiheit. Hunger, Not und Elend waren, wie die Geschichte lehrt, stets die Totengräber der politischen Freiheit, die ein Volk in gewaltigem Ansturme sich errungen hatte. Deshalb gemeinsame Arbeit zur Fortführung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, zunächst auf dem gegebenen Boden des Privatbesitzes an Grund und Boden und den Produktionsmitteln. Ist der Fortgang der Volkswirtschaft gesichert, dann Überführung ihrer hierfür reifen Zweige und Unternehmungen in den Gemeinbesitz des Volkes. Das kann nicht nach theoretischen Erwägungen, sondern nach praktischer Prüfung dessen geschehen, was dem Volke am besten dient. Die Sozialisierung einer durch die Kriegswirtschaft erschütterten und desorganisierten Volkswirtschaft ist nicht möglich. Sie kann nur bei einem geregelten Wirtschaftsleben und einer den normalen Bedürfnissen des Volkes angepaßten Industrie geschehen.

Zu 2) Durch Einfügung in die Gesamtorganisation, Anerkennung der von der Mehrheit gefaßten Beschlüsse und deren Durchführung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Zu 3) Der Delegiertentag muß eine vom Volkswillen getragene Regierung schaffen, der die Leitung unseres republikanischen Staatswesens obliegt bis zur Zeit der Ablösung durch die Nationalversammlung. Die von der Mehrheit des Delegiertentages eingesetzte oder bestätigte Regierung

muß die nötige Machtvollkommenheit haben, um Verordnungen zu erlassen und durchzuführen, die sie im Interesse des Volkes für erforderlich hält. Dem Nebeneinander- und Gegeneinander-Regieren einzelner lokaler Körperschaften, die von Arbeitern und Soldaten eingesetzt sind, muß der Delegiertentag Einhalt tun, der Regierung des Vertrauens muß er Verordnungs- und Vollzugsgewalt übertragen. Vertrauen des Volkes zur Regierung und Vertrauen zum Volke kann allein uns über die schweren Zeiten hinweghelfen, die teils durch das Elend des Krieges, teils durch die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen über unser Volk hereingebrochen sind.

Der Delegiertentag muß eine energische Kundgebung an die Bevölkerung erlassen, in der jeder aufgefordert wird, sich seinen Kräften entsprechend im Wirtschaftsleben zu betätigen. Unserem Volke droht die Hungersnot, wenn nicht schleunigst Arbeitskräfte der Landwirtschaft zugeführt werden. Kohle ist zu fördern, wenn Wärme und Licht in den Wintertagen der durch langjährige Entbehrungen in ihrer Widerstandskraft sehr geschwächten Bevölkerung gesichert werden soll. In wichtigen Industriezweigen fehlen Arbeitskräfte. Die ungesunde Kriegswirtschaft hat sie diesen entzogen und sie an einzelnen Konzentrationspunkten zusammengeballt. Hier finden sie nach Einstellung der Heeres- und Rüstungsarbeiten keine oder keine ausreichende Verwendung und bedürfen der Hilfe aus öffentlichen Mitteln. Will der Delegiertentag die Errungenschaften der Revolution sichern, so darf er diesen Zustand nicht unbeachtet lassen, sondern muß seinerseits dazu beitragen, daß ein jeder sich in den Dienst der Allgemeinheit stellt. Solidarität nicht nur im politischen Kampfe, sondern auch im Kampfe ums Dasein muß der Delegiertentag allen Arbeitsgenossen zur Pflicht machen. Eine Mahnung, auch des Schwächeren im wirtschaftlichen Kampfe zu gedenken, sollte von dem Delegiertentag ausgehen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Dr. Walter Rathenau Präsident der A. E. G.

Die Kernfragen sind:

Ordnung,
Friede,
Reichseinheit,
Verfassung.

Sie könnnen nur gelöst werden durch die Nationalversammlung.

Denn

Ordnung ist nur möglich unter dem Schutz einer Verfassung;

Frieden kann nur geschlossen werden von und mit einem Verfassungsstaat;

Reichseinheit und

Verfassung kann nur der demokratisch geeinte Volkswille durch eine Nationalversammlung beschließen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung können und sollen im Januar stattfinden.

Zwei weitere Fragen sind von höchster Bedeutung:

1. Die Frage: Berlin.

Die Abneigung gegen Berlin wächst und trägt bei zur Gefahr der Reichszersplitterung.

Gründe:

1. Der Vollzugsrat, der die Regierung des ganzen Reiches kontrolliert, ist eine überwiegend Berliner Behörde;

2. Vollzugsrat und Regierung werden mit den Umtrieben der Anarchie nicht fertig, weil die Unabhängige Sozialdemokratie zu der Frage keine Stellung findet;

3. Die Unabhängige Sozialdemokratie, die einen kleinen Volksteil hinter sich hat, ist in der Regierung ebenso stark vertreten wie die Mehrheitssozialdemokratie, die einen überwiegenden Volksteil hinter sich hat.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beherrscht außerdem den Berliner Arbeiterat und hat dadurch einen nahezu überwiegenden Einfluß im Vollzugsrat.

2. Die Frage: Arbeiterräte.

Solange der Krieg dauert, besteht das ganze werktätige und arbeitskräftige Volk aus Soldaten.

Die Arbeiter sind in ihrer Mehrzahl reklamierte Soldaten.

Drei Millionen reklamierte Soldaten bilden die Arbeiterräte.

Sechs Millionen nichtreklamierte Soldatenräte bilden die Soldatenräte.

Die Arbeiterräte beanspruchen bisher die gleiche Macht wie die Soldatenräte.

Die Soldatenräte haben Anspruch auf eine dreimal stärkere Macht als die Arbeiterräte.

Vor allem haben sie den Anspruch, im Vollzugsrat dreimal stärker vertreten zu sein als der Berliner Arbeiterrat.

Ulrich Rauscher Leiter des Pressedienstes in der Reichskanzlei

Es gibt heute kaum etwas, das in der Öffentlichkeit zu sagen unzweckmäßig wäre. Die Zeit der Geheimnistuerei ist vorbei; unser Unglück, unsere Schwäche, unsere inneren Kämpfe und Parteiungen sind aller Welt bekannt. Taktische Erwägungen dürfen bei der Beantwortung Ihrer Fragen nicht mitsprechen; nur die Wahrheit und der Wille, der deutschen Allgemeinheit zu helfen.

Unter diesen Gesichtspunkten antworte ich:

1. die entscheidenden Kernfragen sind: den Krieg zu liquidieren und die Ernährung sicherzustellen. Nur mit dem Wiederanschluß an die Welt, politisch und wirtschaftlich, sind die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen. Nur durch ihn ist die Gegenrevolution zu bekämpfen, die Arbeitslosigkeit zu vermeiden und sind die wirtschaftlichen Besitztümer des ganzen Volks vor Entwertung zu bewahren. Alles andere, wenn es auch in Aufrufen und Zeitungen noch so sehr an erste Stelle geschoben wird, ist Beiwerk; denn die sozialistische Republik bleibt eine hohle Nuß, wenn nur zertrümmerte Industrien zu sozialisieren sind und das republikanische Volk verhungert.

2. Der Soldatenrat des Feldheeres kann dem Ganzen am nützlichsten sein, wenn er die Anwendung der Mittel unterstützt, mit denen diese Kernfragen zu lösen sind. Diese Mittel sind: Zur Beseitigung der Zweifel an der Verhandlungsfähigkeit der Regierung – ihre Stärkung. Zur Beseitigung der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Regierung – ihre Bestätigung durch das ganze Volk. Zur Beseitigung der Sorge um unsere Ernährung – schleunigste Einigung mit dem Feinde.

Stärkung aber heißt: Schaffung einer wirklichen Volkswehr. Bestätigung durch das Volk heißt: Nationalversammlung. Einigung mit dem Gegner heißt: Friedensschluß.

3. Die drei größten Aufgaben des 16. Dezember werden es sein, diesen drei Grundforderungen Nachdruck zu verleihen. Die Soldatenräte sind hierzu berufen, dank ihrer Zusammensetzung, die Angehörige aller Kreise umfaßt und daher in Verbindung mit den Arbeiterräten den tatsächlichen Volkswillen zum Ausdruck zu bringen geeignet ist. Sie dürfen nur eine Verdunkelung dieser einfachen Tatbestände durch Redensarten nicht zulassen. Aus Volkswehr, Nationalversammlung und Friedensschluß allein kann eine aktionsfähige Regierung die Liquidierung des Krieges und die Sicherstellung der Ernährung schaffen und damit die feste Unterbauung der revolutionären Ergebnisse.

10. 12. 18. Ulrich Rauscher.

Schiffer Staatssekretär des Reichsschatzamts

Nachrichtenstelle des Reichsschatzamtes. Berlin, den 10. Dezember 1918.

An den Soldatenrat des Feldheeres bei der Obersten Heeresleitung.

Sehr geehrter Herr!

Nach Ihrem Fortgang fiel mir ein, daß ich Ihnen nichts besseres in die Hand geben kann als die Rede, die der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts gestern in der Handelskammer gehalten hat. Sie zeigt Ihnen in anschaulicher und knapper Weise, wie der Herr Staatssekretär über die Wirtschafts- und Finanzlage sowie über die Aufgaben denkt, die der nächsten Zeit gestellt sind. Ich füge die betreffenden Stellen der Rede bei und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Prion.

Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik.

Rede des Staatssekretärs des Reichsschatzamts Schiffer, gehalten am 9. Dezember 1918, abends 8 Uhr, in der Berliner Handelskammer.*)

Ich bin, so führte der Redner aus, der Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstags gern gefolgt; denn wenn es jemals notwendig war, Klarheit über das Gebot der Stunde in finanzieller Hinsicht zu schaffen, so ist das jetzt der Fall. Dementsprechend will ich Ihnen nur Tatsachen vor Augen führen — nackte Tatsachen, keine Kritik. Ich will nur vom Standpunkt der Finanzen und nicht von dem der Politik sprechen. Die erste Frage: Wie ist unsere Finanzlage? Die Antwort darauf kann nur lauten „unübersehbar". Immer wieder ist im Reichsschatzamt versucht worden, einen Überblick über den Steuerbedarf des Reiches zu gewinnen. Wenn der Krieg im Herbst zu Ende gegangen wäre, so hatte man zuletzt im Frühjahr berechnet, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, die der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden Mark belaufen, zusammen also 19 Milliarden Mark, was einem Mehrbedarf von 14 Milliarden Mark gegenüber der Friedenszeit entsprochen hätte, wovon 12 Milliarden auf das Reich und 2 Milliarden auf die Einzelstaaten und Kommunen entfallen. Diese ganze Berechnung ist indes durch die Ereignisse in Scherben geschlagen worden. Neue Momente sind jetzt zu berücksichtigen. In erster Reihe die Forderungen, die die Feinde stellen werden, dem Umfange und der Art nach. Wir kennen diese Forderungen nicht, ebensowenig wissen wir etwas Genaues, was aber gleichfalls zu berücksichtigen ist, über den Umfang, den das Reich in Zukunft durch eventuelle Abtretungen und eventuellen Zuwachs haben wird. Wir kennen weiter nicht das staatsrechtliche Verhältnis, in dem in Zukunft Reich und Einzelstaaten zueinander stehen werden. Auch die zukünftigen handelspolitischen

*) Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 627, Dienstag, den 10. Dezember 1918, Morgen-Ausgabe.

und wirtschaftlichen Verhältnisse, die mit als Grundlage dieser Berechnung dienen müssen, sind uns unbekannt. Angesichts dieser zahlreichen unbekannten Größen ist die Aufmachung eines geregelten Finanzprogramms für jetzt und für die Zukunft zunächst unmöglich. Eins wissen wir vorläufig: Wir leben von der Hand in den Mund. Alles ist unsicher; sicher ist nur der Ruin, wenn es so weitergeht, wie es jetzt getrieben wird. Wenn das Wirtschaftsleben zerschlagen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Republik ihr Recht verloren.

Wenn wir unser Land betrachten, so ist es doch eigentlich eher ein an Naturschätzen armes als reiches Wirtschaftsgebiet. Es fehlt uns an Erzen, es fehlt uns an Kupfer; wir wissen nicht, wie lange unser Kohlenvorkommen ausreicht, unsere Bodenfrüchte sind nicht so reich, daß sie die beständig anschwellende Bevölkerung ernähren können. Nach alledem ist um so notwendiger, daß wir das, was wir haben, festhalten und durch Arbeit vermehren. Das ist auch schon deshalb notwendig, damit wir unseren Kredit stärken. Wie steht es nun aber zurzeit mit dem Arbeiten und dem Sparen? Das Gegenteil des Erwünschten ist der Fall. Wir vergeuden Gelder durch unsachgemäße Staatswirtschaft, und wenn auch nicht etwa die 800 Millionen Mark, von denen in der letzten Zeit so viel die Rede war, in die Taschen der zahlreichen neuen Regierungsorgane geflossen sind, so ist doch tatsächlich sehr viel Geld verausgabt worden, das selbst unter Berücksichtigung der anormalen Verhältnisse nicht hätte verausgabt zu werden brauchen. Dazu kommen die Materialvernichtungen, die Wegnahme von Heeresmaterial durch Plünderungen, unerlaubte Auktionen und dergleichen. Wer sich daran beteiligt hat, hat sich an unserem Volke versündigt. Arbeiten, so sagte ich, müßten wir. In Wirklichkeit sind an der einen Stelle Leute, die nicht arbeiten wollen oder arbeiten können, während an anderen Stellen ein Mangel an Arbeitern besteht. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie braucht Arbeitskräfte. Eine richtige Verteilung der Arbeitskraft wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein, und es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter nicht nur nach den großen Städten ziehen, sondern auch auf dem Lande produktive Tätigkeit ausüben. Freilich ist nicht überall heute in der Industrie ein Bedarf an Arbeitern. Sehr viele Unternehmer sind zu Betriebseinstellungen geschritten, und man kann ihnen das nicht einmal verdenken; denn gerade der ehrliche Kaufmann kann seine Geschäfte nicht auf der Unsicherheit aufbauen. Zudem wird dem Unternehmer durch mancherlei Eingriffe Berech-

tigter und Unberechtigter in die gewerbliche Tätigkeit das Leben sehr erschwert. Die Arbeit versagt, und damit versagt auch der Kredit im In- und Ausland. Sehr hoch stand früher das Ansehen des deutschen Wirtschaftslebens und damit sein Kredit. Es ist tief traurig, wenn man jetzt hört, daß Bankkredite gekündigt, deutsche Wechsel zurückgewiesen werden. Das Ausland hat eben die Besorgnis, es gehe in Deutschland alles drüber und drunter. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschüttert ist, so besteht auch die Gefahr, daß wir einen Frieden roher Gewalt bekommen; statt eines Friedens, der sich darauf aufbaut, daß im Lande des Besiegten die Rechtssicherheit fortbesteht. Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. (Lebhafte Zustimmung.)

Folgen Einzelheiten über das Steuerprogramm.

Dieses ist, so fuhr der Redner fort, der Grundriß zum Bau. Wird es zum Bauen kommen? Das hängt davon ab, wie sich unsere Feinde uns gegenüber verhalten. Ich rufe nicht nach Gnade und bitte nicht um Milde, sondern ich rufe das Recht und die Vernunft an! Der Staatssekretär wies hierbei darauf hin, daß wir uns nur bereit erklärt hätten, Frieden im Sinne der Wilsonschen Friedensvorschläge zu schließen, und betonte weiter, daß es im eigenen Interesse der Feinde liege, uns nicht zu vernichten; denn ein Schuldner könne nur etwas leisten, wenn man ihm die Möglichkeit gebe, sich neu zu entfalten. Nach dem Siegesrausch werden auch unsere Feinde zu der Einsicht kommen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt. Von uns selbst verlange ich, so schloß der Redner, außer Vernunft auch Vaterlandsliebe, Mut und Vertrauen: Helfen Sie mir alle, das Gespenst des Bankerotts zu verscheuchen. Es geht um alles, es geht ums Ganze! Es gilt, aus unseren Kräften zu retten, was zu retten ist. Wir dürfen nicht zagen und klagen. Was uns zu tun bleibt, ist die Erfüllung unserer Pflicht im Interesse von Deutschlands Zukunft.

Dr. M. Sering, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Zur Tagung am 16. Dezember.

Die entscheidenden Fragen.

1. An Wichtigkeit alles überragend: Der schleunige Abschluß des Friedens. Denn davon hängt die Wiederaufnahme der geregelten Zufuhr der Nahrungsmittel und Rohstoffe, das Wiederaufleben der volkswirtschaftlichen Arbeit ab.

Die Nahrungsmittel reichen nur noch knapp bis zum Februar. Der Mangel an Rohstoffen hat die Erträge des Ackerbaues und der Viehzucht tief herabgedrückt, und große Industriezweige (Webstoffindustrie) sind stillgelegt. Die Räumung der besetzten Gebiete (einer Fläche größer als Deutschland) hat den Mangel gesteigert. Der Feind hat die Blockade seit dem Waffenstillstand verschärft und den Verkehr über den Rhein abgeschnitten. Damit sind mehr als Dreiviertel unserer Eisenversorgung (aus Lothringen) verloren gegangen. Aus diesen Gründen muß eine schlimme Erwerbslosigkeit in den Städten und Industriebezirken Platz greifen.

Mit der jetzigen Regierung wollen die Feinde nach wiederholter Erklärung nicht verhandeln, weil sie nur eine Klasse, nicht das deutsche Volk vertritt.

Schleunige Einberufung der Nationalversammlung ist also Voraussetzung für Frieden, Nahrung und Aufblühen des Erwerbslebens.

2. Die Wiederherstellung der inneren Ordnung und einer zweckmäßigen Verwaltungsorganisation.

Die bewaffneten Spartakusleute halten wie Berlin so ganz Deutschland in Unruhe, gefährden den Zusammenhalt des Reiches und verhindern den Friedensschluß. Sie müssen entwaffnet werden.

Die Soldatenräte haben große Verdienste um die geordnete Demobilisierung. Aber die Unterstellung der Reichs- und preußischen Staatsregierung unter den Berliner Vollzugsrat, aller Verwaltungen unter örtliche Arbeiter- und Soldatenräte lähmt durch das beständige Hineinreden unsachverständiger Leute jede vernünftige Tätigkeit und hat, nach Mitteilung des Schatzsekretärs im gestrigen Vortrag, zu ungeheuren unproduktiven Ausgaben (mehr als 1 Milliarde) geführt.

Damit steht die Ausschaltung der erfahrenen und geschulten Organe der Arbeiterschaft (Gewerkschaften) aus der Leitung unseres wirtschaftlichen Lebens auf gleicher Stufe.

Diese Zustände vernichten im Verein mit der Unsicherheit unserer politischen Zukunft und der weitverbreiteten Arbeitsunlust allen Unternehmungsgeist, vernichten unseren Kredit im Auslande und führen zur Gefahr des Einmarsches der Feinde.

Der Kern dieser Vorgänge liegt in der Ausschaltung der zur Führung berufenen geistigen Kräfte aus unserem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

Nur die rasch zu berufende Nationalversammlung kann dem allen helfen.

3. Die Friedensbedingungen werden darüber entscheiden, ob wir

neben den anderen Völkern frei und gleichberechtigt fortbestehen oder zu Sklaven des englischen und amerikanischen Großkapitals werden. Dringende Gefahr, daß die Imperialisten von England, Frankreich, Nordamerika ihr Kriegsziel verwirklichen: Verdrängung Deutschlands aus der aktiven Teilnahme an der Weltwirtschaft, Vernichtung unserer Schiffahrt, Raub unserer Kolonien und Überlastung durch Kriegsentschädigungen.

Wir müssen durchzusetzen versuchen, daß das von uns, wie von den Feinden grundsätzlich angenommene Programm Wilsons tatsächlich durchgeführt und nicht zu einer Umkleidung jener Raubpolitik herabgewürdigt wird, insbesondere fordern: Anwendung des Nationalitätenprinzips und Selbstbestimmungsrechts nicht nur gegen, sondern für uns:

a) Anschluß Deutsch-Österreichs, mit Einschluß Deutsch-Böhmens.

b) „Wiedergutmachung des Unrechtes von 1871" hinsichtlich Elsaß-Lothringens durch Volksabstimmung (ob neutral, deutsch oder französisch), nicht durch die schon ins Werk gesetzte Annexion. (Im Elsaß sind sehr viele für Neutralisierung und Aufrechterhaltung der Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland.)

c) Erhaltung aller „nicht unzweifelhaft polnischen Gebiete" im deutschen Osten (unzweifelhaft polnische Gebiete gibt's dort nicht, überall deutsche Güter, Dörfer, Städte zwischen den polnischen Siedlungen), vor allem des rein deutschen Weichseltals und Oberschlesiens.

4. Sozialisierung der dazu „reifen" Betriebe. Reif sind nur diejenigen Wirtschaftszweige, deren Produktionsmittel in den Händen weniger konzentriert sind (Privatmonopol wie Kohle und Kali) und deren Leitung durch den Staat die Produktivität nicht mindern würde. Ausgeschlossen sind alle im internationalen Verkehr verankerten Industriezweige und solche, deren Technik eine ganz individuelle Leitung bedingen (die ganze Landwirtschaft). Die richtige Lösung des Problems setzt ruhige Prüfung voraus und kann keinesfalls im Laufe weniger Wochen bewerkstelligt werden.

Es lohnt aber überhaupt nicht, von der Sozialisierung zu sprechen, solange nicht feststeht, daß der Feind unserem Siebzigmillionenvolk die Quellen seines Wohlstandes beläßt. Bleibt uns die lothringische Erzzufuhr entzogen, fällt mit Oberschlesien ein Viertel der deutschen Kohlenversorgung fort, so ist die einzige auf eigene Rohstoffe begründete große Industrie (Eisenindustrie) ruiniert. Gelingt es nicht, die Rohstofflieferung von der Preispolitik der ausländischen Monopolisten im Rahmen des Völkerbundes freizumachen, so fließt der Ertrag unserer industriellen Arbeit in die Taschen

der ausländischen Kapitalisten, ganz abgesehen von der beabsichtigten Auferlegung ganz ungeheurer Kriegsentschädigungen.

Die sorgfältigste Vorbereitung der Friedensverhandlungen, die kräftigste und geschickteste Führung unserer Interessen ist deshalb die erste Voraussetzung für jede Besserung der sozialen Verfassung. Leider sind die Aussichten, nachdem wir durch den Waffenstillstand uns wehrlos gemacht haben, nicht groß.

5. Den einzigen wirklichen Lichtblick in unserer düsteren Zukunft gewährt die Möglichkeit, unsere landwirtschaftlichen Bodenerträge durch Verdichtung des Landvolkes und Vermehrung der bäuerlichen Kleinbetriebe (bei bester Organisation der Belehrung, genossenschaftlicher und staatlicher Ergänzung der privaten Produktion) in kurzer Zeit zu verdoppeln. Die Voraussetzung ist, daß unser heutiges Landgebiet keine erhebliche Minderung erfährt.

Die Wiederbesiedlung des platten Landes halte ich, nächst dem Friedensschluß und der Wiederherstellung der Ordnung für die wichtigste Aufgabe.

Aufgaben und Möglichkeiten der Tagung.

Da für den Wahltermin die Zustimmung der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vorbehalten ist, liegt es in deren Hand, die Wahlen zur Nationalversammlung für die erste Hälfte des Januar durchzusetzen. Dadurch würden sie sich um die Gegenwart und Zukunft unseres Landes das größte Verdienst erwerben. Die technische Möglichkeit für einen so frühen Wahltermin ist, wie besonders Scheidemann gut ausgeführt hat, gegeben.

Auch solltedie Reichsversammlung ihre Stimme für den moralischen Anspruch des freien Deutschlands auf eine geachtete und gesicherte Stellung im Kreise der Völker mit allem Nachdruck erheben. Endlich sollte die entschlossene Durchführung einer großzügigen Siedlungspolitik im Innern gefordert werden.

Theodor Wolff Leiter des Berliner Tageblattes

Berlin, 9. Dezember 1918.

Sehr geehrter Herr . . . !

Auf Ihren Wunsch will ich gern in einigen Worten sagen, was meiner Meinung nach zunächst und vor allem geschehen muß, wenn das deutsche

Volk sich wieder emporarbeiten und nicht zum Spielball seiner Gegner und seiner eigener Parteileidenschaften werden soll.

Selbstverständlich erscheint mir, daß die Republik die einzige heute für uns mögliche Staatsform ist. Das Kaisertum hat vollständig abgewirtschaftet, es ist bereits vergessen, hat nicht mehr den geringsten Boden, ist im Volksbewußtsein ausgelöscht. Eine Monarchie, die geflohen ist, sich ohnmächtig gezeigt hat, kann nicht wiederkehren. Die Entente würde keinen Frieden mit ihr schließen, wir blieben ewig von aller Welt boykottiert. Will jemand eine andere Dynastie auf den verlassenen Platz der Hohenzollern setzen? Dann hätten wir eine Partei der Hohenzollern, eine der neuen Königsfamilie, und daneben die große republikanische Partei. Die Kampfzeiten der Guelfen und Gibellinen würden wiederkehren. Wir müssen die Republik schützen und festigen, und man wird dann sehen, daß gerade das disziplinierte deutsche Volk, vielleicht besser als jedes andere, für diese Staatsform geeignet ist.

Die Republik darf nicht, wie die französische, eine Kapitalistenrepublik sein, in der die großen Kapitalinteressen herrschen, der Besitzlose an die Wand gedrückt wird. Das sehen heute bei uns auch die Vernünftigen unter den Besitzenden ein. Wir wollen große soziale und wirtschaftliche Reformen, aber durch Gesetze, durch Parlamentsbeschlüsse, nicht durch terroristische Maßregeln, nicht durch die Diktatur irgendeines Klüngels oder einer Partei. Dafür, daß auch in einem Parlament die nötige Reformarbeit wirklich geleistet werden wird, ist gesorgt: Die Geister sind bei uns derartig radikalisiert, daß an eine Verhinderung der Reformen gar nicht zu denken ist, wenigstens nicht an eine Verhinderung praktischer Reformen, die nicht das ganze Wirtschaftsleben töten. Wird die Republik in Zukunft rein sozialdemokratisch regiert werden können? Das scheint mir ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie nimmt heute in den Ministerien und Ämtern die höchsten Posten ein. Die ganze Verwaltung darunter ist „bürgerlich", der ganze Apparat, der doch allein noch das Fortleben des Staates ermöglicht, ist geblieben, wie er vor der Revolution war. Wo sollte die Sozialdemokratie aus sich heraus all die Kräfte und Talente hernehmen, die nötig wären, eine neue Verwaltung zu bilden? Das kann nicht eine Partei allein. Wir werden also später wieder zu Koalitionsregierungen kommen, bestehend aus Sozialisten und nicht sozialistischen Demokraten. Um das zu ermöglichen, habe ich mit gleichgesinnten Politikern die „deutsche demokratische Partei" gegründet, die sich zur Republik bekennt, für starke, soziale Reformen eintritt und also für die Sozialdemokratie bündnisfähig er-

scheinen kann. Wenigstens mit dem linken Flügel der „Deutschen demokratischen Partei" wird die Sozialdemokratie wohl später zusammengehen müssen — beide Parteien zusammen müssen dann, je nach ihrer Stärke, das Regierungspersonal stellen.

Aber das alles liegt in der Zukunft, betrifft die Zeit, die der Nationalversammlung folgen wird. Erst müssen wir zur Nationalversammlung gelangen, die Wahlen müssen sicher und ungestört vor sich gehen, so daß die Beschlüsse der Versammlung nicht hinterher für null und nichtig erklärt werden können, und die Spartakusleute und die Unabhängigen dürfen nicht die Möglichkeit haben, wie Herr Adolf Hoffmann, der „Kultusminister", heute droht, die Nationalversammlung zu sprengen, falls sich dort keine sozialistische Mehrheit ergibt. In Rußland haben die Bolschewisten die Nationalversammlung auseinandergejagt und dann ihre Diktatur aufgerichtet. Wir sehen, wohin Rußland gekommen ist.

Die Verwirrung im Lande, und besonders in Berlin, ist grenzenlos. Ich kann es mir erlassen, darauf einzugehen. Wo ist das Mittel, um aus ihr herauszukommen? Das Mittel liegt nur in einer starken Regierung. Die jetzige Regierung ist schwach aus drei Gründen. Erstens weil sie in sich uneinig ist, zweitens weil sie vom Willen des Vollzugsrates abhängt, und drittens weil sie nur über eine unzureichende militärische Macht verfügt. Es ist eine Sinnlosigkeit, daß die Regierung in ihren politischen Entschlüssen sich dem Vollzugsrat unterordnen muß. Vielleicht das Schlimmste aber ist das Fehlen einer fest organisierten militärischen Macht. Wäre eine solche zuverlässige, regierungstreue, disziplinierte und ausreichende Macht vorhanden, so würden die Mehrheitssozialisten in der Regierung ganz anders auftreten können, und auch ein Mann wie Haase, der zweifellos die gefährliche Tollheit der Spartakusleute erkennt, würde nicht immer wieder bestrebt sein, diese extremen Elemente möglichst zu schonen. Jeder anständige Mensch will neues Blutvergießen vermieden sehen. Dazu aber ist nötig, daß die Unruhestifter wissen: es gibt eine regierungstreue, für die Ordnung eintretende Armee. Jetzt haben wir einzelne Truppenteile, die kommen, sich auflösen, wieder verschwinden. Wir brauchen eine republikanische Armee, die etwas Festes, Bleibendes, Sicheres in der allgemeinen Unsicherheit darstellt. Sie muß groß genug sein, um auch Truppen zum Schutz der Ostprovinzen gegen polnische Einfälle abgeben zu können, wenn das nötig sein sollte. Hätten wir dort Truppen gehabt, so hätten die polnischen Agitatoren nicht den Grubenstreik in Oberschlesien und also nicht die Kohlennot herbeiführen können. Diese republikanische Schutzarmee mag

ihre Offiziere selber wählen — alle Garantien für ihre Zuverlässigkeit müssen geschaffen werden. Aber ohne eine solche Schutzarmee geht es nicht. Die Nationalversammlung wird, mit der Verfassung, auch eine neue Heeresverfassung ausarbeiten. Aber bis dahin ist der Weg noch lang, und wir brauchen vorher die Festigung unserer heute einfach wahnwitzigen Verhältnisse durch eine militärische Organisation. Alle Völker, die bisher ein Regime umwarfen, haben dieses militärische Problem gelöst. Sollte das erste Soldatenvolk der Welt dazu nicht fähig sein?

Wie sollen unsere Delegierten zur Friedenskonferenz gehen, wenn nicht ein einiger, starker Wille zur Selbstbehauptung, der Selbstbehauptungswille des ganzen deutschen Volkes, hinter ihnen steht? Wenn Deutschland dann so aussehen wird, wie heute, werden wir verloren sein. Das einzige, was wir dem Gegner entgegenzusetzen haben, ist unsere moralische Kraft. Wir müssen ihm stolz sagen können: Ihr irrt euch, wenn ihr glaubt, daß wir schon in der Verwesung begriffen sind. Aber eine solche Sprache würde nur mit höhnischem Lächeln beantwortet werden, wenn im gleichen Augenblick Spartakus seinen Unfug fortsetzen, ganz Berlin terrorisieren könnte. Eine Armee, eine republikanische Armee muß da sein — ohne sie gibt es keine Ordnung und damit keinen Stolz, keinen nationalen Zusammenhalt, keine Regierungsautorität und keinen erträglichen Frieden!

Ihr ergebenster Theodor Wolff.

Hierzu: Ein Nachtrag

RH

Druck von Pillardy & Augustin, Cassel.